

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 15. Mai 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 95

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis: Wochenblatt 48 Pf., 12 W. 5.00, Monatsblatt 1.20, 3 M. 3.50, 6 M. 6.50, 12 M. 12.00. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.00 RM., unter Streifenband 3 RM. Anzeigenpreis: Die dreizehnhundert Millimeterzeile ober deren Name 12 Pf., Bereichs- und Verbandsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die dreizehnhundert Millimeterzeile ober deren Name im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptexpedition um 5 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzböden Straße 50, 1. u. 2. Stock, 10000. Telefon 400 80. Filialexpeditionen: Breslau 544, Rebellien: Breslau 10, Kreuzböden Straße 50, Telefon 489 02. Expedient der Redaktion von 12-13 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialexpeditionen: Berlin, Rummel 6, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 9-12 Uhr. Verlagsort: Hauptverlag Breslau, Wenzelgasse 10. Filialverlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Fortschritt“ W. G. m. B. G., Kreuzböden Straße 50, Telefon 404 85.

Hitler verhandelt mit Brüning

Ein Kniefall vor dem Papst / Friede zwischen Zentrum und Nazi / Brüning verspricht das Verbot der SPD. / Unter allen Umständen Preußenwahlen im Herbst

Berlin, 14. Mai. (Eig. Meldung.)

Der politische Vertrauensmann Hitlers, der Nazi-Reichstagsabgeordnete Götting war vor einiger Zeit in Rom, wo er im Auftrage Hitlers einen Kniefall vor dem Papst gemacht hat. Die dazu die Zeitung „Berlin am Morgen“ erzählt, hat dabei der Papst die Versicherung gegeben, daß er auf das deutsche Zentrum — insbesondere auf den Reichskanzler Brüning — einwirken lassen werde, daß in Zukunft eine enge politische Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten erfolgen soll.

Götting ist inzwischen wieder zurückgekehrt und hat in den letzten Tagen mit Brüning verhandelt, um diese Zusammenarbeit herbeizuführen. Brüning hat dabei gefordert, daß die Nationalsozialisten auch ihre scheinbare Gegnerschaft gegen die Notverordnungen, die sie bisher immer noch auf der Schau tragen, aufgeben, und auch künftig nicht mehr für die Aufhebung der Notverordnungen kämpfen sollen. Dem Nationalsozialisten wurde dafür in Aussicht gestellt, daß ihnen diese politische Umorientierung dadurch erleichtert werden soll, daß Brüning die

Kommunistische Partei verbieten werde, um ganz offen zu demonstrieren, daß die Ausnahmegeetze sich hauptsächlich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft richten.

Gleichfalls wurde über die Auflösung des Preussischen Landtages verhandelt, und dabei hat Brüning die Versicherung gegeben, daß der Preussische Landtag unter allen Umständen im Herbst aufgelöst wird. Auch für die Bildung der zukünftigen preussischen Regierung sind den Nationalsozialisten dabei bestimmte Versprechungen gemacht worden, wonach die Nazis entweder direkt an der Preussenregierung, die unter Führung des Zentrums stehen will, beteiligt sein werden, oder aber, als Übergangsstadium, die Nazis als stille Zehlführer der Regierung jede parlamentarische Unterstützung genießen sollen.

Außer diesen Fragen wurde noch über die Regierungsbildung Thüringens verhandelt. Hitler will unter allen Umständen die in Thüringen verlorene Position des Innenministers Fried wieder erobern.

Diese Bestrebungen der Nazis, unbedingt und unter allen Umständen an den Regierungsgeschäften der deutschen Republik beteiligt zu sein, zeigt mit aller Klarheit die ganze Verlogenheit der nationalsozialistischen Propaganda, ihrer wüsten und wilden Agitation. Sie sind genau so wie die SPD. bemüht, die Geschäfte der deutschen Bourgeoisie zu übernehmen und durchzuführen. Ihr ganzer Kampf ging nur um den Anteil an den Ministerposten, ging nur um den Anteil an der Deute bei der Ausplünderung des deutschen Volkes.

Für dieses Brot tritt keine Verteuerung ein. Für das Brot von 60prozentigem Mehl, wie es bisher in den Handel gebracht wurde, und das zunächst mit Tafelbrot bezeichnet wird, erhöht sich der Preis ab Freitag um 2 Pfennig pro Pfund.

Die „Oberschlesische Volkstimme“ bringt den frechen Mut aus und schreibt, daß eine Erhöhung des Brotpreises nicht vorgenommen werde. Die obige Meldung besagt doch das Gegenteil. Die Brotpreiserhöhung ist die „Lithilfe“ der Brüning-Regierung für die arbeitenden Schichten!

Wahlsieg im RAW Schneidemühl

Ergebnis an Stimmen:

NSD.	291 Stimmen = 4 Mandate, 1930 133 (2)
Reformisten	243 Stimmen = 4 Mandate, 1930 338 (4)
SPD.	109 Stimmen = 1 Mandat, 1930 127 (2)
UGV.	104 Stimmen = 1 Mandat, 1930 147 (2)

Kurz vor der Wahl wurden über 100 Werkstättenarbeiter der Bahnmeisterei überwiesen, so daß uns ein großer Teil unserer Wähler entzogen wurde.

Die „Arbeiterpartei“!

25 Proz. aller Bürgermeister SPD.

Nach dem Jahrbuch der SPD. sind 25 Prozent aller Bürgermeister in Deutschland Sozialdemokraten, die den „Gemeinde Sozialismus“ in Form von Regeneren, Abbau der Wohlfahrtsunterstützung usw. durchführen. 143 Reichstagsabgeordnete, 519 Landtagsabgeordnete, 4573 Kreisabgeordnete, 445 Provinziallandtagsabgeordnete, dazu noch 8974 Stadt- und 88 692 Gemeindevorsteher. So haben einige Tausend der „Sozialismus“ für sich erobert, wie sie ihn auffassen.

Frivolöse Entlassung

eines roten Arbeiterrats bei Rarkstadt

Die Rechtsseite des 50jährigen Jubiläums

Berlin, 13. Mai. Der rote Arbeiterrat Kollege Stehling erhielt am 12. Mai von der Personalleitung des Warenhauses Rarkstadt seine frivole Entlassung ausgesprochen, weil er angeblich am Vortage seinen Arbeitsplatz ohne Genehmigung des Abteilungsleiters verlassen habe.

Der preussische Hungeretat angenommen

Die Sozialdemokraten gegen Aufhebung der Belagerungszustandsverordnung

Im Preussischen Landtag fanden am Mittwoch die Abstimmungen zur Verabschiedung des preussischen Hungeretats statt. Das Stigma der Landtagsbeschlüsse hierzu ist eine weitere Verschlechterung des Etats gegenüber den Beschlüssen in der zweiten Beratung. Die SPD. hatte bei allen weiteren Streichungen die Führung. Sie brachte es sogar fertig, zusammen mit der gesamten Reaktionsfront, 247 000 Mark zu streichen, die für die Errichtung einer Tuberkulosenabteilung im Gefängnis zu Siegburg in den Etat eingestellt waren. Dieselbe SPD., die für die Förderung des jenseitigen Menschensports der faschistischen Reitervereine über 8 Millionen bewilligte, stimmte zusammen mit allen Bürgerlichen die kommunistischen Anträge nieder, die eine Erhöhung des Mittel für die Bestrebungen und Einrichtungen für die schuluntaugliche Jugend durch die proletarischen Jugend-, Sport- und Kulturorganisationen forderten. Ebenso lehnte sie den kommunistischen Antrag ab, der bezweckte, die im Etat eingestellten Mittel zur Förderung der Leibesübungen der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit und der Zentralkommission für Arbeitersport- und Körperpflege sowie den diesen Körperschaften angeschlossenen Arbeiter-Sportkassen zugute kommen zu lassen. Auch die Erhöhung der Mittel für Förderung der Leibesübungen lehnte sie ab. Stoßreaktionär wie die SPD. ist, lehnte sie auch den kommunistischen Antrag ab, die Gefangenen nach den Tariffähigen der freien Arbeiter zu entlassen. Ihren absoluten faschistischen Charakter als Bildungsfremde Partei offenbarte die SPD. durch Ablehnung des kommunistischen Antrages, der von der Regierung verlangt, daß sie sich für sofortige Aufhebung der Belagerungszustandsverordnung und Einberufung des Reichstages einsetzt. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 347 Stimmen der SPD. und aller Bürgerlichen gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Einen Erfolg haben die Kommunisten bei diesen Abstimmungen insofern zu verbuchen, daß ihr im Interesse der wertvollen Fischer gestellter Antrag auf sofortige Vereinstellung von Mitteln für den Bau einer Mole und Ausbaggerung des Hafens von Bismarck angenommen wurde.

In namentlicher Schlußabstimmung wurde der verschlechte Preußen-Etat mit 290 Stimmen der Regierungsparteien gegen 167 Stimmen der Kommunisten und der sogenannten „Rechtsopposition“ angenommen.

Bevor dann der Landtag in die Pfingstferien ging, krönte die SPD. ihre Abstimmungsreihe vom 13. Mai noch durch die Auslieferung der Genossen Gebrmann, Bollweber, Deter und Dunkel an die Klassenjustiz, die wegen Bagatelldelikten für diese Genossen die Aufhebung der Immunität beantragt hatte. Dem zentralistischen Rudertum erwies sich die SPD. nicht besonders gefällig durch Überwekfung des Zentrumsantrages auf Verbot des sogenannten blühenden Badens an öffentlichen Gewässern und der anstößigen Badebekleidung an einen Ausschluß. Schließlich brachte die SPD. zusammen mit den übrigen Regierungsparteien noch der reformistischen Volksbühnen-Bürokratie die 1 600 000 Mark aus dem Vertrag mit der Krolloper in die Scheuer, der bisher in wiederholten Abstimmungen des Landtags gescheitert war. Die Regierungsparteien brachten das

jetzt durch einen Überumpelungsantrag zustande, nach dem dieser Vertrag mit der Maßnahme genehmigt wird, daß die Summe von 600 000 Mark als unverzinsliche Sicherheitshypothek auf die Volkshöhne am Bülowplatz eingetragen wird. Wegen dieser Schiebung stimmten nur die Kommunisten.

Der Landtag vertagte sich auf den 8. Juni. Tagesordnung: Beratung des Staatsvertrags mit der evangelischen Kirche.

Ab heute Brotpreiserhöhung

Hindenburg, 14. Mai. In Hindenburg fanden am Mittwoch Verhandlungen über den Brotpreis für den ober-schlesischen Industriebezirk statt, an denen Vertreter der Wäckerinnungen Reuthen, Gleiwitz und Hindenburg, Vertreter der Mühlen und ein Vertreter der Regierung teilnahmen. Es wurde beschlossen, im Laufe der nächsten Woche ein Brot herzustellen, das aus 70prozentigem Mehl gebacken ist.

Stahlhelmer mißhandeln Arbeiterkind

Breslau, 15. Mai.

Am Mittwochabend hatte der Stahlhelm als Vorprobe seiner Prokolation anlässlich seines Aufmarsches Ende Mai seine Mannen zu einem Appell nach dem Garten des „Schiefwerbers“ gerufen.

Angriffswertung der Stahlhelmbanden unter der Protektion der sie begleitenden Polizei wurden seitens der Arbeiterschaft zurückgewiesen. Dafür nahmen diese Banditen an einem Arbeiterkinde Rache.

Der sechsjährige Sohn eines auf der Vestafelstraße wohnenden Arbeiters wagte sich mit seinen Spielgenossen zu weit an das Gartentor des „Schiefwerbers“; hier wurde er von dem Haushälter hereingezogen und dort von vier Stahlhelmbanden blutig geschlagen, ohne daß die im Garten stationierte Polizei irgendwie einschritt.

Arbeiter! Diese Mißhandlung an einem wehrlosen Arbeiterkinde ist ein Vorgeschemel von dem, was diese Bürgerkriegsgarde vor hat.

Heraus zur Abwehr, Schaffung von „A.“ in allen Stadtteilen, das ist das Gebot der Stunde.

Kein Stahlhelmbandit darf es wagen, in den Arbeitervierteln zu provozieren!

Der Jenaer Attentäter

Ein arbeitsloser Schriftsetzer Karl Dannbauer, 18 Jahre alt, gebürtiger Tiroler, das sind die Personalien des Attentäters gegen den Rassenprofessor Günther. Vor der Polizei gab er an, daß er von einem tiefen Haß gegen das herrschende System erfüllt sei, da er keine Arbeit finde und seinen Eltern zur Last falle. In Günthers jah er einen Vertreter des herrschenden Systems. Die Polizei meint daher, daß es sich um die Tat eines „Wirrlopfers“ handelt.

40 000 Wohlfahrtserwerbslose mehr!

Wie der „Deutsche Städtetag“ mitteilt, mußten in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern von den Wohlfahrtsämtern Ende April 750 000 Wohlfahrtserwerbslose unterstützt werden. Davon erhielten rund 65 000 Fürsorgearbeit. Gegen den Monat März ist das eine weitere Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen von etwa 40 000, das heißt fast 6 Prozent.

Das ist der „Rückgang“ der Arbeitslosigkeit der SPD.!

Betriebsarbeiter! Erwerbslose! Rentenempfänger! Heraus zum Kampfmarsch heute gegen die Sozialreaktion, gegen Lohn- und Unterstützungsraub in Breslau um 19 Uhr auf dem Neumarkt!

40 Jahre „Arbeiter“-Enzyklika

Von Peter Maslowitz

Am 15. Mai feiert das Papsttum ein in seiner Art einmaliges Fest. Pilgerzüge aus allen Ländern, größtenteils aus christlichen Gewerkschaften und Mitglieder katholischer Arbeitervereine bestehend, treffen im Vatikan ein, um einem päpstlichen Fest beizuwohnen. Am 15. Mai sind es nämlich 40 Jahre her, seit dem Papst Leo XIII. die sogenannte Arbeiter-Enzyklika „Rerum novarum“ (so nach den lateinischen Anfangswörtern dieser Enzyklika genannt) verkündet hat.

Es ist kein Zufall, daß diese Enzyklika, die sich annahm, die Arbeiterfrage zu „lösen“ und von jeder von den Merkmalen als eine Art Arbeiterbibel in den Himmel oben worden ist, in demselben Jahre, nämlich 1891, erschien, in dem auch das Erfurter Programm von der alten Sozialdemokratie beschlossen worden ist, das bekanntlich für die gesamte 2. Internationale der Vorkriegszeit eine große Bedeutung gehabt hat. Um die vier Jahre des vorigen Jahrhunderts, wo der Imperialismus in seine letzte, in die imperialistische Epoche eingetreten begann, brach sich auch die Arbeiterbewegung in allen Ländern, und besonders in Deutschland, gewaltig Bahn. In Deutschland waren eben erst die Sozialistengesetze Bismarcks gefallen. Es hatte sich gezeigt, daß kein Gewaltmittel mehr die historische bestmögliche und historisch berechnete Arbeiterbewegung aufhalten konnten.

In dieser Zeit war es nicht mehr möglich, die Arbeiterbewegung weder zurückzuweichen, noch durch bloßes Inkarnieren abzumildern, noch durch Ausnahmegerichte abzuwürgen. Auch der Papst als Oberhaupt der internationalen katholischen Kirche mußte jetzt anders zu dem aufsteigenden Sozialismus des Proletariats Stellung nehmen, als er es bislang getan hatte. Während in allen früheren Enzykliken nur gelegentlich die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem Verbrechertum auf eine Stufe gestellt und als „Lodderbringer der Sünde“ bezeichnet wurde (so in einer Enzyklika vom 28. Dezember 1878), sah sich Papst Leo XIII. jetzt gezwungen, in einer eigens den Arbeitern gewidmeten Enzyklika nicht mehr bloß den Ton der Inkarnierung anzuschlagen. Aber auch hinter den Kattenfängermelodien kommt noch der arbeiterfeindliche Grundcharakter der päpstlichen Lehren klar genug zum Ausdruck.

Zunächst die entscheidende Frage: Wie stellt sich Papst Leo XIII. zum Privateigentum? Ein sehr umfangreicher Teil der Enzyklika ist gerade dieser Frage gewidmet. Unter Benützung vieler Bibelzitate wird behauptet, daß das Privateigentum von Anfang der menschlichen Geschichte an die Grundlage der Gesellschaft gewesen ist. Diese alle historischen Tatsachen ins Gesicht schlaue Verdrängung schließt ab mit dem fundamentalen Satz:

„Bei allen Versuchen zur Abhilfe gegenüber den gegenwärtigen sozialen Notständen ist also durchaus als Grundgesetz festzuhalten, daß das Privateigentum unantastbar und heilig ist.“

Nach dieser päpstlichen Verleumdung des privatkapitalistischen Eigentums wird zur „Abhilfe zu der möglichen Lage des Arbeiterstandes“ Stellung genommen. Dabei erachtet man, daß ja zum „Abheilen“ grundsätzlich eigentlich nach der Ansicht des Papstes nichts vorhanden ist. Denn die Ungleichheit in der sozialen Ordnung, so lehrt Leo XIII., „entsteht ein von Anfang an bestehender Naturzustand, welchem man nach dem Zudenken anferlegt hat“, nach dem Gotteswort:

„Beruht sei die Erde in deinem Werte, mit Arbeit sollst du von ihr essen alle Tage deines Lebens.“

Der Schluß der päpstlichen Unschicklichkeit ist dann, daß der Arbeiter nur, „wie Tiere zu arbeiten, wie sie wirklich sind“, zumal er „erst beim Ausschneiden aus dem irdischen Leben unser wahres Leben beginnt“. Diese Verdrängung der Lösung der sozialen Lage in ein angeblich besseres Jenseits bedarf wohl keines Kommentars.

Nach diesen Grundfragen kommen die besonderen Pflichten, die Leo XIII. einerseits den Arbeitern, andererseits den Unternehmern und schließlich auch dem Staat zureißt.

Von den Arbeitern verlangt er, daß sie treu ihre Arbeit verrichten und „in keinem Falle Auslieferung leisten“. Vor allem sollten sie sich fernhalten von der Verbindung „mit schlechten Menschen, die irrgestige Hoffnungen vorpiegeln und nur Enttäuschung und Ruin zurücklassen“, worunter natürlich die damaligen Sozialisten gemeint sind.

Welche Pflichten aber bekommen die Kapitalisten zugewiesen? In einer Linie sollen sie „gebührende Rücksicht auf die religiösen Bedürfnisse der Arbeiter“ nehmen und ihnen erst rechtliche Löhne zahlen, „ohne daß die verschiedenen mitzubedenkenden Momente übersehen werden“.

Was schließlich die Staatsgewalt anbelangt, so schimpft der Papst damals schon geradezu schakalische Töne an. Es heiße da unter anderem:

„Das erste ist, daß die öffentliche Autorität durch entschiedene Maßregeln das Recht und die Sicherheit des privaten Besitzes gewährleisten muß. Die Bewegung der Massen, in welchen die Gier nach fremder Habe (!) erwacht, muß mit Kraft gezügelt werden... Es muß die Gewalt dazwischentreten, dem Vergehen Einhalt zu gebieten... und den rechtmäßigen Besitz gegen den Raub sicherzustellen.“

Wohin wird man in diesen „goldenen“ Papirworten jene Herrschenden entdecken, nach denen heute ein katholischer Kaiser Brünning seine Diktaturverordnungen auf Grund des Artikels 15 gegen das Reich verhängt schlägt.

Nach solchen Sparmaßnahmen der Staatsgewalt gegen die Arbeiter, die sich der Papst nur als „von Gier nach fremder Habe erfüllt“ vorstellen kann, wird natürlich auch der Streik aufs schärfste abgelehnt:

„Dieses Vorgehen, das in der Gegenwart immer häufiger wird und immer weiteren Umfang annimmt, fordert die öffentliche Gewalt auf, Gegenwehr zu ergreifen.“

Die Stellen über den Streik in dieser jamosen „Arbeiter“-Enzyklika gefallen denn auch den Unternehmern so gut, daß sie vielfach in katholischen Gegenden, wo sich christliche Arbeiter am Streik beteiligten, an den Fabriktoren plakatiert wurden.

Schließlich sei noch eine Perle aus der Enzyklika zitiert:

„Nur Tagediebe und Wählgänger bringen es auf der Welt zu nichts.“

Man wird wohl selbst der allerfrömmste katholische Arbeiter erkennen, wenn ein schlechter Prophet der angeblich unfehlbare Papst die Kapazität der 35 Millionen Erwerbslosen der Welt, angesichts der Einsegnung von Millionen und aber Millionen von Mittelständlern durch die Monopolkapitalisten, nicht gerade diese päpstliche Behauptung als blinziger Hohn auf die Opfer des Kapitalismus ansieht.

Das ist, schaltet man den ganzen übrigen religiösen Schmutz aus, der den Arbeitern aufgeschwätzt wird, um den konkreten arbeiterfeindlichen Kern der Enzyklika zu verjüngen, alles, was der Papst zu der gewaltigen Arbeiterbewegung zu sagen hat.

44 Jahre, bevor diese Arbeiter-Enzyklika erschien, wurde ein Manifest verfaßt, das man ebenfalls als „Arbeiterbibel“ bezeichnet hat.

Es ist das kommunistische Manifest von Marx und Engels aus dem Jahre 1847. Es gibt nichts Instruktiweres, nichts Ueberzeugenderes, als wenn ein Arbeiter heute einmal diese beiden Schriften in die Hand nimmt und sie vergleicht. Er wird feststellen können, daß Marx und Engels die Entwicklung des Kapitalismus, seine künftigen Krisen, seine immer gewaltigeren Gegensätze, die immer größere Verelendung der breitesten Massen, die Konzentration der Reichtümer in den Händen immer weniger Parasiten, die Entstehung von Millionenarmeen von Erwerbslosen und aus allen diesen Gründen die historische Notwendigkeit des Klassenkampfes und zugleich die Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus bei Strafe des Untergangs der ganzen Gesellschaft in der Barbarei so klar und eindeutig vorausgesagt haben, daß dieses kommunistische Manifest noch heute Wort für Wort gilt.

Zehn Millionen Mark Grenzfonds auf Kosten der ausgebeuteten Massen!

Berlin. Es wird berichtet, daß in den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien über die endgültige Fertigstellung des preussischen Haushaltes ein Einvernehmen erzielt worden ist. Strittig war noch die Einstellung eines Grenzfonds. Man hat sich nunmehr auf einen Grenzfonds von zehn Millionen geeinigt, und zwar sollen zwei Millionen der Lotterie, eine Million dem Staatschatz entnommen werden. Außerdem sollen zur Verfügun 3,9 Millionen an Aktien bei den Polizeikassen und etwa 2 Millionen an Ersparnissen bei der Senkung der Gehälter für die Staatsarbeiter. Der Rest wird aus allgemeinen Ersparnissen zur Verfügung gestellt.

Wie lächerlich, wie utopisch, wie ungegründet von jeder Sachkenntnis erscheint demgegenüber die päpstliche Enzyklika!

Die Lehren der Arbeiter-Enzyklika sollen den Arbeitern den Nacken beugen, damit die Peitsche des Faschismus um so ungehörter über ihren Rücken jaulen kann. Der Faschismus braucht solche religiösen Theorien wie die von der Heiligkeit des Privateigentums, von der Ungleichheit als Folge des Sündenfalls und von dem besseren Jenseits als dem Ort der wirklichen Lösung der sozialen Frage, um seinen Brutalitäten den Mantel der Beschönigung umzuhängen.

Unter den erbarmungslosen Schlägen der Diktatur des katholischen Kanzlers Brünning werden auch die katholischen Arbeitermassen der fleischlichen Bevormundung erliegen und ein Teil der kämpfenden proletarischen Klasse werden.

Diese Mitteilung muß auf die ausgebeuteten Massen wie ein Keulenschlag wirken, wenn man weiß, daß diese Mittel mit aller Brutalität aus den Taschen der werktätigen Steuerzahler herausgepreßt worden sind. Die Kommunen, die solche hohe Polizeikostenzuschüsse leisten müssen, sind dadurch gezwungen, die Kinderpeinigungen und -verschickungen einzuschränken. Das Proletariatskind muß ohne warmes Frühstück die Schule besuchen. Den Arbeitern und Angestellten und kleinen Beamten hat man den Hungerlohn gekürzt und dadurch „Ersparnisse“ gemacht.

Und diese Millionenbeträge sollen jetzt unter dem Deckmantel für den „Grenzfonds“ an die Großagrarier und Industrieherrn verteilt werden. Das ist das wahre Gesicht der Politik der sozialdemokratischen Preußenregierung!

Geberings Faschisierungsgesetz im Landtag angenommen

Sozialdemokratische Verleumdungsheke — Genosse Schwent hält Abrechnung

Berlin. Am Landtag fand am Dienstag die Schlußsitzung des von Brünning vorgelegten Polizeiverwaltungsgesetzes statt, durch das der politische Gewaltapparat Preußens noch weiter faschisiert und der Polizeidiktator als Herrschaftssystem der Bourgeoisie aufgerichtet wird. Sowohl die Deutschnationalen als auch die Volkspartei ließen in den Schlußausführungen ihre Redner erklären, daß sie eigentlich nur aus formellen politischen Gründen gegen dieses Gesetz sind. So behauptete ausdrücklich der deutschnationaler Jugendergänger Doktor Warkentin, das Gesetz sei zweifellos eine gute juristische Arbeit und die Vorlage sei auch im Hinblick auf die Verhältnisse der Reichsregierung gegenüber der jetzigen preussischen Regierung heraus; denn ein solcher Verleumdung sei kein politisch-moralischer, sondern ein hochpolitischer.

Trotz dieser nur Lippenrede und die SPD. sehr bezeichnenden Charakterisierung des Gesetzes und der eben so sehr bezeichnenden Motivierung der Deutschnationalen Haltung zu der Vorlage brachte es der Sozialdemokrat Dr. Hamburger, ein politischer Enkel des Heilmanns, fertig, eine Verleumdungsgeschichte gegen die SPD. vom Stapel zu lassen, mit der er dem „Vormarsch“ für seine Abendausgabe das Schwert für seine Ueberdickung gab:

„Die SPD. unter Augenbergs Befehl!“

Der Höhepunkt der ganzen Debatte in zweiter Lesung sei der gewesen, als der Major und deutschnationaler Abgeordnete Borch sich auf die äußerste Linie begeben habe und dort in bezug auf die Abstimmungen seine Befehle erteilt hätte. In diesem Augenblick sei die Rolle der Kommunisten eintrüflich worden. (Stürmische Entrüstung und Zurufe bei den Kommunisten: Gemeine Verleumder!)

Genosse Schwent

rechnet mit den Verleumdungen Hamburgers gründlich ab. Seine Wut über die kommunistische Diktatorstellung sei verständlich. Daß Sozialdemokraten bewußt die Tatsache übersehen, daß Deutschnationalen und Volkspartei aus absolut entgegengesetzten Motiven wie die Kommunisten gegen ein Gesetz sprechen und stimmen, ist der Arbeiteröffentlichkeit genügend bekannt. Augenberg kann nicht beweisen, daß der Abgeordnete Borch zu uns gekommen wäre, um der kommunistischen Partei Befehle zu erteilen.

Der Befehlsempfang von einer anderen Partei ist bei der SPD. allerdings stehende Einrichtung. Die Sozialdemokraten sind es längst gewohnt, Diktate des Zentrums entgegenzunehmen. Zum Beispiel beim Konkordat mit der Papstkirche. Sie nehmen auch deutschnationalen Diktate entgegen, zum Beispiel jetzt beim evangelischen Luther-Konkordat.

Die Sozialdemokraten sind es gewohnt, sich unter die Diktate und Befehle Brünnings und Hindenburgs zu beugen. In ihrer Bewegung unter die Belagerungszustandsverordnung vom 28. März ist der subalterne Geist der Sozialdemokraten so ausgeprägt, daß man verstehen kann, daß die Heilmann, Hamburger usw. auch bei allen anderen Menschen gar nichts anderes mehr zu sehen vermögen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Wir stellen gegenüber dem subalternen Geist und der Anrechtlosigkeit der SPD. fest, daß wir uns durch keine aus noch so großer Wut geborenen Verdrehungen und Verleumdungen von unserer als notwendig und richtig erkannten Taktik bei der Verabschiedung des Faschisierungsgesetzes hier im Landtag nicht werden abbringen lassen. Wir haben in jeder Situation unsere volle Handlungsfreiheit stets zu wahren gewußt und werden sie auch in Zukunft wahren. Wir lassen uns ausschließlich von den Interessen der werktätigen Bevölkerung leiten. (Stürmische Zustimmung bei den Kommunisten.)

Als Helfershelfer der ausbeuterischen Bourgeoisie und eifriger Wegbereiter des Faschismus setzt sich die Sozialdemokratie für die Durchführung der Brünning'schen Hungerdiktatur und dafür ein, daß die Hindenburg-Verordnung vom 28. März 1931 durch das Polizeigesetz legalisiert und verewigt wird. Die Sozialdemokraten machen durch dieses Gesetz Preußen zu einem absoluten Polizeistaat, dessen Vollmachten noch weit über die hinausgehen, die im Allgemeinen Landrecht von 1794 enthalten sind. Die Sozialdemokraten schaffen also diesem kapitalistischen Ausbeuterstaat ein Machtmittel, wie er es sich nicht besser zur Unterdrückung der Arbeiterbevölkerung wünschen kann. Das ist für uns der Grund, daß wir dieses Gesetz ablehnen. Die Arbeiterschaft draußen wird diese unsere Haltung vollkommen verstehen, um so mehr, weil wir ja gar keine Propheten zu sein brauchen, um vorauszusagen zu können: Es werden nur wenige Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vergehen, und die Arbeiterklasse wird an ihrem eigenen Leibe verspüren müssen, was die Sozialdemokraten dem kapitalistischen Staat mit diesem Gesetz für eine Krute gegen die Arbeiterklasse in die Hand gegeben haben. (Stürmisches „Bravo!“ und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

In den Abstimmungen zum Polizeiverwaltungsgesetz wurden einige belanglose Änderungsanträge angenommen, die an dem realistischen Inhalt des Gesetzes nicht das geringste ändern. Die namentliche Schlußabstimmung ergab Annahme des Gesetzes mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Wirtschaftspartei und eines Teiles der Deutschen Fraktion; gegen das Gesetz stimmten außer der Kommunisten aus den eingangs erwähnten Gründen auch die Deutschnationalen und die Volkspartei.

Quer durch Schlesien von Glogau bis Neurode

geht die Frontlinie, die der Stahlhelm bei seiner Bürgerkriegsübung am 31. Mai bezieht. Der Stahlhelm ist die Bürgerkriegs- und Streikbrechergarde des Großkapitals.

Rüftet zum Kampf gegen die Stahlhelmbanden, zum Kampf gegen die Faschisten! Schließt die einheitliche Front aller Werktätigen! Rüftet zum politischen Massenstreik als Protest gegen den Stahlhelmaufmarsch!

Kein Quartier, kein Stück Brot keinen Schluck Wasser den Stahlhelmbanden

Breslau

Breslauer Erwerbslose (sagen Kampf) an

Die Erwerbslosengruppe der KPD. Stadtteil West hatte am Mittwoch die Erwerbslosen zu einer Protestversammlung gegen den schon vollendeten und noch bevorstehenden Unterstützungsraub aufgerufen. Stadtverordneter Genosse Abelt zeigte an Hand von reichhaltigem Material, wie in Wirklichkeit die „Sparanstalt“ des Reiches und der Kommune aussieht. Weil die Stadtverwaltung „sparen“ will, werden die Rückschlüsse der Breslauer Wohlfahrtsempfänger brutal herabgesetzt, dafür aber ungezählte Tausende von Mark ausgegeben, damit die Flugzeuge auf dem Breslauer Flughafen landen können. Für Wohlfahrtsempfänger ist kein Geld da, dafür aber Millionenbefehle der Wuma, woran die SPD. hervorragend beteiligt war. Die einsetzende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Ein das Zentrum verteidigender, irreführender Erwerbsloser mußte wegen des Protestes der Versammlung abtreten. Genosse Abelt zeigte im Schlußwort, welche Wege und Methoden die Erwerbslosen in ihrem Kampfe anwenden und beschreiten müssen. Mit der Annahme einer Resolution, die den Abbau der hohen Gehälter, insbesondere der Bürgermeister, forderte, fand die von gutem Kampfsgeist getragene Protestversammlung ihr Ende.

Berufung der Staatsanwaltschaft im Millionen-Erbstoffsprozeß

Im Millionenerbstoffsprozeß hat die Staatsanwaltschaft, soweit das Urteil auf Freisprechung lautete oder die Höhe der Strafe nach Ansicht der Staatsanwaltschaft zu gering war, Berufung eingelegt. — Rechtsanwalt Dr. Bohm hat für Rechtsanwalt Dr. Stiller, der bekanntlich zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, von dem Rechtsmittel der Berufung Gebrauch gemacht.

Achtung, Rote Hilfe West!

Sonntag um 9 Uhr treffen sich die Genossen der Partei, Jugend und Rote Hilfe zum Großsammlertage. Kapelle erscheint ebenfalls.

Achtung, Kampfbund Stadtteil West!

Auf zur Autofahrt nach Neumarkt und Maltsch am Sonntag, dem 17. Mal. Karten bei den Instrukteuren und im Büro der BR., Freiheitsgasse 2, erhältlich. Fahrpreis 80 Pfennig. Abfahrt pünktlich 7 Uhr Striegauer Platz.

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschland

Sonabend, dem 18. Mai, 20 Uhr, bei Fiedler, Schweigerstraße 10, außerordentliche Bezirksversammlung. Sämtliche Vorstandsmitglieder und Delegierte der Vereine müssen reiflich erscheinen, da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen.

Achtung! Junge Garde!

Werbetage:

Freitag, Sonnabend und Sonntag!

Groß-Werbetage der „Jungen Garde“ in Schlesien. Keine Ortsgruppe des KPD. darf zurückbleiben. Die den Gruppen zugestellten Zeitungen müssen reiflich umgesetzt werden. Achtet auf die Werbung von Abonnenten. Abrechnung spätestens Montag früh.

Vertriebsstelle der „Jungen Garde“, Schlesien.

Und wieder Stahlhelmsjustiz

Nazi überfallen Proleten — Die Überfallenen werden angeklagt — Die Anklage bricht zusammen trotz 47 Zeugen

Delb. Vor dem hiesigen Schöffengericht fand dieser Tage einer der „Berühmten“ Prozesse „am laufenden Band“ statt; das sind sogenannte Landfriedensbruchprozesse gegen revolutionäre Arbeiter.

In der Nacht vom 13. zum 14. September v. J. kam ein Trupp Radfahrer von Prausnitz aus einer Parteiversammlung nach Trebnitz zurück. In dem Rucherschen Lokal in Trebnitz waren 60 bis 80 Nazis abgestiegen, welche in Wobslau Arbeiter provoziert und dabei eine gehörige Abreibung erhalten hatten. Aus Wut darüber wollten sie sich an den Trebnitzer Genossen rächen, welche, wie sie wußten, in Prausnitz waren. Als sich nun unsere Genossen, ungefähr 12 bis 15 Mann, mit einem dreifachen „Rot Front“ verabschiedeten, stürzte sofort die ganze Meute, mit Dolchen, Knüppeln und Steinen bewaffnet, auf diese und verletzten sie schwer. Die Ermittlungen des Trebnitzer Polizeimeisters Navarra, Anhänger der SPD. und wütender Kommunistenfresser, führten dazu, daß vier Genossen und ein Reichsbannerarbeiter auf die Anklagebank kamen. Am 8. und 7. Mai fand nun vor dem Oester Schöffengericht die Verhandlung statt. Die Anklage lautete auf Aufruhr, Landfriedensbruch und gemeinsamer schwerer Körperverletzung. Die Genossen Raczmarek, Leistner, Guhr, Syronnel und SPD-Arbeiter Kluske wurden von dem von der „Roten Hilfe“ gestellten Verteidiger Dr. Fischer (Hindenburg) vertreten.

Nicht weniger als 47 Zeugen waren geladen. Ja, wenn es gilt, zu beweisen, daß die Nazis von der Justiz als wertvollste Elemente des neuen Deutschlands geschätzt werden, dann ist man nicht knauserig. Dann können schon Kosten entstehen, das macht nichts, mag auch der Hunger weiter um sich greifen. Und das Resultat dieses Riesenaufgebots?

Nur ein einziger Zeuge konnte die Angeklagten „belastigen“, und dieser eine war ein Junge Kunge, Mitglied der SPD.

Dieser eine, eine Fierbe der Rote-Partei, wurde vom Verteidiger als Polizeivigilant bezeichnet. Die Anklage war also vor dem Zusammenbruch nicht zu retten. Das mußte selbst der Staatsanwalt Lnschuk einsehen. Aber es muß doch der Schein gewahrt werden. Das Kommando der Madame Justitia, das ohnehin schon so arg komponiert ist, könnte noch mehr leiden, wenn die Anklage ganz fallen gelassen würde. Deshalb beantragte er folgende Strafen:

Heraus zum Protest gegen die Hungeroffensive!

Heute abend 19 Uhr marschieren alle Erwerbslosen, Sozialrentner, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger auf zum Protest gegen den immer brutaler werdenden Hungerfeldzug der Geldherrscher. **Trotzdem die Zahl der „freiwillig“ nach dem Friedhof Auswandernden andauernd steigt, bereiten die Volksfeinde neue Raubpläne auf die Taschen des Volkes vor.**

Neuer Lohnraub und neuer Abbau der sozialen Unterstützungen steht unmittelbar bevor!

Wer nicht gewillt ist, diesen Hunger noch länger zu ertragen, um eines Tags vor die Hunde zu gehen, der beteiligt sich an der heutigen Protestkundgebung als Aufruf zur Schaffung einer einheitlichen Abwehraktion gegen Hunger und Faschismus.

Die Stadtteile treten um 18.15 Uhr an folgenden Stellplätzen an:

Nord: Weihenburger Platz. — Nordost: Girsch, Ecke Poststraße. — Ost: Königgräber Straße. — Süd: Reichsstraße. — West: Westpark. — Zentrum: Wallstraße, Ecke Königsplatz.

Es stinkt nach Korruption an allen Ecken

Aber die schlesische Nazi-Justiz merkt nichts davon

Die Häufnis in der kapitalistischen Gesellschaft läßt nachgerade an, unheimlich zu werden. Wann an irgend einer Stelle ein Skandal vorüber ist, taucht an anderer ein neuer, noch größerer auf. Auch die Korruption am „laufenden Band“. So berichtet die „Freie Meinung“ (Breslau) über einen Siedlungsandal im Riesenausschlag, der direkt angeht, der immer weiter um sich greifenden Not einschlagend ist. Nach dem Bericht handelt es sich um die Siedlung Pawelwig, wo es an allen Ecken und Enden nach Betrug, Unterschlagung und Korruption stinken soll. Das Ungeheuerliche an diesem Skandal aber ist, daß der Schuldige an dieser Korruption der Landrat des Kreises Trebnitz, Dr. Steinfeld, sein soll.

Dieser kamoje Beamte, der anscheinend seinen Beruf völlig versteht hat, bringt es fertig, in der Zeit der Hochkonjunktur der Nationalisierung auf allen Gebieten in seinem Herrschaftsbereich statt Doppelverdiener sogar Dreifachverdiener zu schaffen und zu züchten. Er hat als Sachberater in einem Tage mehr Gehalt bezieht als Hunderttausende von Wohlfahrtsunterstützten den ganzen Monat. Aber der Herr Landrat ist so liebenswürdig zu seinem Sachberater, daß er ihn außerdem zum Leiter der Girokasse des Kreises und außerdem zum Geschäftsführer der Elektrizitäts-Gesellschaft Pawelwig gemacht hat.

Wie hoch die Einnahmen aus diesen drei Pfänden sind, erfährt man zurzeit noch nicht. Aber wir werden es uns angelegen sein lassen, das herauszubekommen, um der werktätigen Bevölkerung zu zeigen, daß wir unter der Ära des frommen Herrn Brüning

in Deutschland neben 2500 Millionen nicht bloß fast 5 Millionen Erwerbslose, einige Millionen Kurzarbeiter, sondern auch amtliche Dreifachverdiener haben, die aber in Wirklichkeit mit ihren Speien, Tagegelbern usw. sogar Vierfachverdiener sind.

Ist dieser Skandal schon eine Ungeheuerlichkeit, so wird er noch übertraffen durch folgende Mitteilungen des eingangs erwähnten Breslauer Blattes:

„Die Gesamtverluste in Pawelwig, die reiflos vom Kreise, also der Deffentlichkeit, getragen werden müssen, gehen in die Hunderttausende. Das für Häuserbauten unbenutzbare Freigelände ist mit 400 000 Mark seinem Werte nach schwer überlastet.“

Für 14 Häuser, die von den Firmen Mager (Gundelsch) und Jantke (Trebnitz) gebaut wurden, hat die Bodenkant 220 000 Mark als Hypothek gegeben — aber mit Bürgschaft des Kreises! Und wenn einer erst eine Bürgschaft übernommen hat, dann muß er auch bezahlen! Als 2. Hypothek sind je 6000 Mark auf diesen Grundstücken eingetragen, die in monatlichen Raten von 60 Mark durch die Siedler getilgt werden. Als 3. Hypothek, die nach Bezahlung der zweiten eine Stelle

heraufschickt, steht die Hauszinssteuer mit 4000 Mark für jedes Haus.

Aber das dicke Ende kommt nach. Von diesen 14 Häusern stehen 12 seit dem Winter 1929 leer, weil sie viel zu teuer sind. Sie kosten je etwa 40 000 Mark, ohne auch nur annähernd diesen Wert zu besitzen. Vor allem, weil im Winter, bei der Schneeschmelze und bei Regenfällen die Keller voller Wasser stehen, das darinnen bleibt, bis es von selbst wieder absickert. Kein Mensch und auch kein Landrat denken daran, das Wasser aus den Kellern pumpen zu lassen. Dadurch aber sind die Wände schimmelig geworden, die Grundmauern haben gelitten, und die Häuser sind in ihrem Werte furchtbar herabgemindert worden. Tan nun für die erste Hypothek der Kreis die Bürgschaft hat, die Hauszinssteuer aber sowieso vom Kreise bezahlt wird, so bedeutet das, in die primitive Mlagsprache übersetzt, nichts anderes, als daß die öffentliche Hand auch dieses, schätzungsweise eine runde Viertelmillion betragende Fiasko tragen

muß. Wegen die Verantwortlichen schreiben nicht weniger als fünf Straf- und Disziplinarverfahren.“

Während Millionen in Deutschland hungern, 60 Menschen täglich „freiwillig“ dieses Deutschland durch den Gaschahn oder den Strid verlassen, werden hier Hunderttausende verpulvert. Hunderttausend haben keine Wohnung, Kinder müssen wie Hunde in Löchern elend zugrunde gehen.

Aber in Pawelwig da stehen 12 neuerbaute Häuser seit 1929, also seit zwei Jahren, unbewohnt.

Und diese Häuser sind erbaut auf Kosten der werktätigen Bevölkerung. Sie muß die Gelder aufbringen, daß neue Häuser gebaut werden, damit diese dann leer stehen. Und was macht Herr Dr. Steinfeld, der verantwortliche, glänzend bezahlte höchste Beamte des Kreises Trebnitz?

Er erholt sich. Aber nicht etwa in der schönen nachbarlichen Heimat, im Eulen- oder Riesengebirge. Nein, dieser neutrentische Landrat sitzt im sonnigen Lande Muffolinis.

Aber es gibt doch noch eine Behörde, die auch einen Dr. Steinfeld zu überwachen hat, wenn es auch schwer fällt. Das ist die Staatsanwaltschaft, die Justiz oder wie es so schön heißt: die Rechtspflege. Zuständig dafür ist die Staatsanwaltschaft in Oels, der Residenzstadt des Fürstentums von Charlottenburg. Daß die schwarzen Diener des Rechts auf dem Damm sind, ist bekannt. Aber nur dann, wenn Arbeiter wagen, gegen eine „Ordnung“ zu kämpfen, in der solche Steinfelder möglich sind. Aber gegen solche zum Himmel stinkende Korruption, da scheinen diese Kalaträger völlig immun zu sein. Da hört und sieht man nichts. Aber wir werden diesen Herrschaften Gelegenheit geben, dieses Immunsein gegen solche Best öffentlich zu vertreten. Wir werden dafür sorgen, daß dieser Sumpf bloßgelegt wird; dessen können sich die Herrschaften versichert halten.

Der Sturm auf die Hochburg der SPD. in Jelsch

Ohlau. Am Sonntag, dem 10. Mai, machte die hiesige Ortsgruppe der Partei in Gemeinschaft mit den Ortsgruppen Reisterwitz und Steindorf einen Vorstoß nach Jelsch auf die Hochburg der SPD. Gegen 15 Uhr begann in Jelsch der Umzug; unter Vorantritt der drei Kapellen setzte sich der Zug durch das Dorf in Bewegung. Einen derartigen Umzug von 300 Demonstrierenden hat wohl Jelsch noch nicht gesehen. Wenn auch die Reichsbannerleute am Orte zuerst lachten, so wurden die Besucher immer ernst bei der Ansprache des Genossen Hennig, der es verstand, die Laten der SPD. ins rechte Licht zu rücken. Trotz der Rotverordnung sagte ihnen der Genosse dennoch, was er zu sagen hatte, und die Proleten haben ihn sehr gut verstanden.

Zum erstenmal hat die Kommunistische Partei in diesem Orte der Hochburg der SPD, zu den Proleten gesprochen, und der Erfolg war:

Eine neue Ortsgruppe der Partei von 15 neuen Genossen! Vorwärts, ihr jungen Genossen! Immer weiter vorstoßen, und die Parole der SPD.: „Genosse, wo bleibt der Zweite Mann?“, die beantwortet ihr, indem ihr sagt: „Der zweite Mann geht zur KPD und nimmt den ersten Mann noch mit.“

Strehlen

Heraus zur öffentlichen „Rote-Hilfe“-Versammlung!

Am Sonntag, dem 17. Mai, 15 Uhr, findet im Schmidt'schen Saale in Ruppertsdorf eine öffentliche „Rote-Hilfe“-Versammlung statt. Ein Referent aus Breslau ist amwesend.

Vor der Versammlung gibt der Arbeiter-Musikverein Strehlen ein Freikonzert am Dorfplatz. Abfahrt mit Rod am Reilplatz um 13 Uhr. Die Ortsgruppen Strehlen, Wansien, Saegen und Toppendorf beteiligen sich reiflich.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptstelle, Werbung und Lokale: Rittsch, Breslau. — Für die übrigen Stellen: Karl Breihner, Berlin. — Für Anzeigen: Karl Wandsdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Parole: Zu den roten Sportlern in den „Bergkeller“!

Heute 20 Uhr muß alles in den Bergkeller. Unter der Parole: „Im Zeichen der Spartakade“ wird die Propaganda für das Welttreffen der roten Sportler vom 11.—12. Juli in Berlin verstärkt eingesetzt. Kommt, Genosse, und sei die das gute Programm an, damit auch du ein Mitkämpfer für unsere Bewegung wirst; denn auch der Sport dient dem Klassenkampf. Wir marschieren trotz Turnhallenraub und Spielplatzverweigerung. Eintritt: Erwerbslose 20 Pfennig, Volkarbeiter 40 Pfennig. Vorwärts mit Rot Sport!

Rund um den Erdball

Siegesmeldungen von der kulturellen Front des Fünfjahresplanes

Hier mein Triesterock, ich glaube nicht mehr an Gott!

Jesuiten und Protestanten Herren der Deutschen Republik — In der Sowjetunion verlassen Popen und Gläubige das sinkende Kirchenwrack

Finsternis über Deutschland

In einer Zeit, da jesuitische und protestantische Finsterlinge mit tatkräftigster Hilfe sozialdemokratischer Staatsfunktionäre ihre Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen, aus der Deutschen Republik eine riesengroße katholisch-protestantische Zuchthausstrafe zu machen, in derselben Zeit vollzieht sich drüben in der Sowjetunion, im Lande der befreiten Arbeiter und Bauern, die Umwandlung des Volksbewusstseins in einem Maße, wie es bisher beispiellos dasteht in der menschlichen Geschichte. Die „Vorgeschichte der Menschheit“ neigt sich dort tatsächlich ihrem Ende entgegen. Durch die Riesenschritte des sozialistischen Aufbaus hebt sich dort „drüben“ sichtlich mit jedem Tage mehr das kulturell-sittliche Niveau der Werktätigen, wodurch die Religiosität immer mehr als mittelalterliche Denkrückständigkeit bloßgelegt wird.

Die kulturell-politische Arbeit unter den Massen, die Verbreitung allgemeiner Schriftkundigkeit und schließlich die immer weitere Enttarnung der religiösen Organisationen in ihrer schädlichen Rolle als Stützpunkte der kapitalistischen Reste in Stadt und Land, führten die Werktätigen in immer größerem Maßstabe zum endgültigen Bruch mit der religiösen Weltanschauung. Also „drüben“ Triumph der sozialistischen Vernunft an der ganzen Kulturfront und hier, in der kapitalistischen deutschen Republik, Rückfall in die mittelalterliche Barbarei, mit diktatorischen Notverordnungen, Konfiskationen, Gotteslästerungsprozessen, Versammlungs- und Presseverboten, Filmzensuren und anderen reaktionären Schandtaten gegen die Freiheit des menschlichen Geistes.

Ueberaus kennzeichnend für die sich vollziehende Veränderung der religiösen Weltanschauung der sowjetrussischen Massen sind die immer zahlreicher werdenden Absagen der Paffen und der Sektiererführer von ihrer religiösen Tätigkeit. Immer mehr erkennen sie die Nutzlosigkeit ihres „Dienstes“ an der Religion. „Für die armen und Mittelbauern hat die Kirche alle religiöse Bedeutung verloren“, schreibt der Oberpriester Jakob Adamoff, der sein Amt als Sekretär der sogenannten Eparchieleitung niederlegte und der Priester W. Sedukoroff in Oseri im Moskauer Gebiet, der sich gleichfalls vom „Lieber Gott“ die Papiere holte, führte in seinem „Entlassungsgebuch“ an: „Die Gläubigen selbst fangen jetzt überall an, ihre Kirchen zu schließen und jede Verbindung mit Kirchenbesuchern oder Priestern zu brechen.“

Nicht mehr länger Feind der Werktätigen

Der ehemalige Priester des Dorfes Pawlowjina in Sibirien, namens Lipenow, sandte an die Redaktion der Zeitung „Der Gottlose“ folgenden Brief:

„Im Jahre 1906 wurde ich Kleriker. Aber trotzdem ich ein Vierteljahrhundert den Priesterrock trug, habe ich, was ich jetzt ehrlich zugeben will, keinen einzigen Beweis zu geben, daß Gott wirklich existiert. Die Wissenschaft aber hat dagegen bewiesen, daß es keinen Gott gibt und daß die Religion eine Erfindung ist. Deshalb will ich nicht mehr länger in den Reihen der Feinde der Werktätigen bleiben. Ich will darum meine Paratonsuren aufgeben. Ich sage mich von der Religion los. Hier habt ihr meinen Priesterrock, ich glaube nicht mehr an einen Gott! Ich lege meine Würde nieder, breche

alle Verbindungen mit der Kirche und ihren Vertretern ab und bitte die Werktätigen, mir meine Schuld zu verzeihen und mich in die sozialistisch-werkeltätige Familie aufzunehmen. Ich verspreche, die mir anvertraute Arbeit pünktlich und gewissenhaft zu erfüllen.“

Popen gegen die päpstliche Antisowjethege

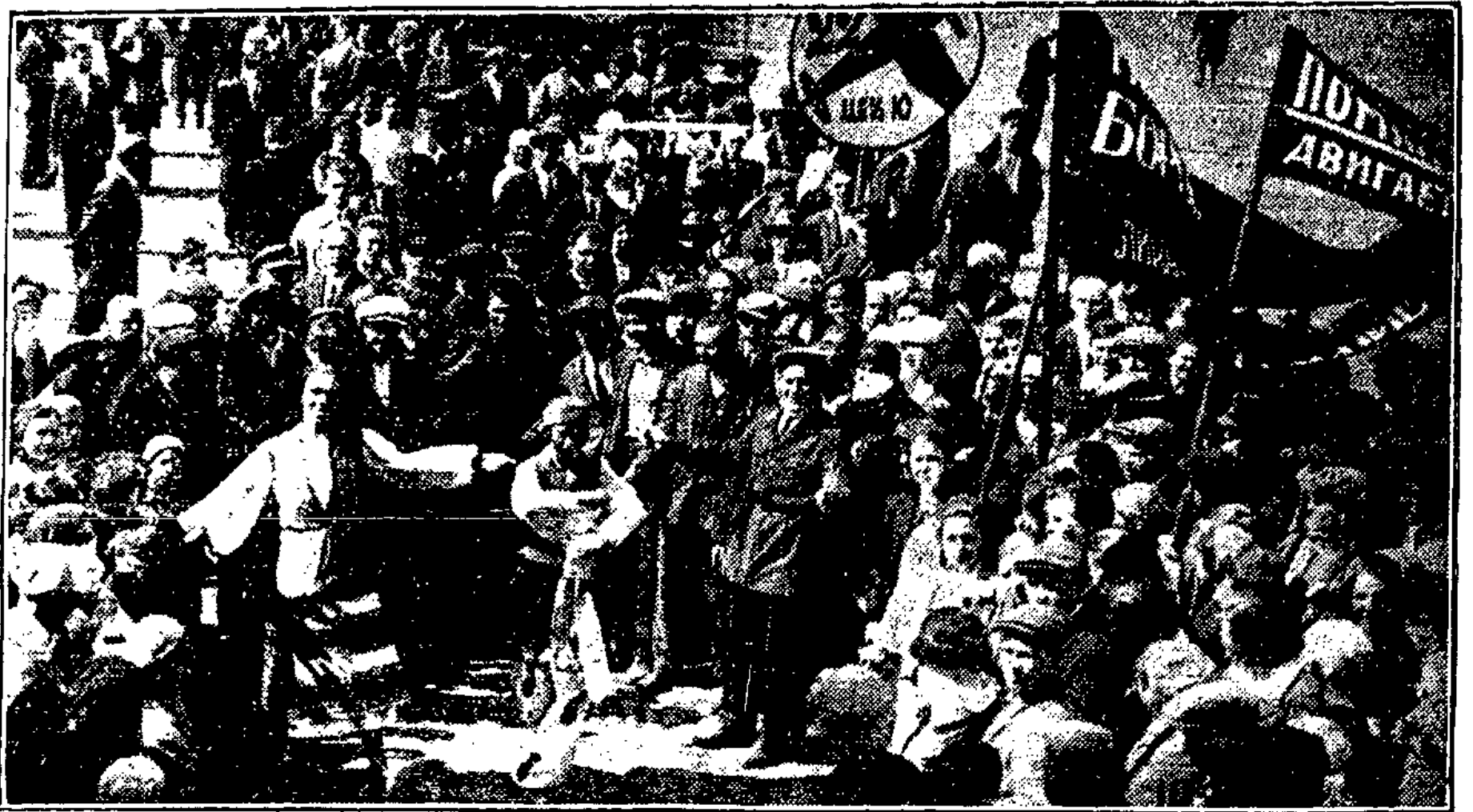
Die Antisowjethege des Papstes und die Begleitmusik der protestantischen und jüdischen Kirchenbongolen hat in der Sowjetunion zahlreichen Gläubigen und Popen den letzten Anstoß gegeben, das sinkende Kirchenwrack zu verlassen und sich in die Front des Sozialismus einzureihen. So begründet der Priester S. Kudrjawzew aus Swerdlowsk seinen Austritt aus der Kirche mit folgenden Worten:

„Ich bin von der Antisowjethege des Papstes und der anderen europäischen und amerikanischen Kleriker sowie der ausländischen Presse auf das höchste empört. Ich protestiere leidenschaftlich dagegen und ich erkläre öffentlich, daß ich von Stunde an kein Priester mehr bleiben will. Ich lege mein Amt nieder

und breche alle Verbindungen mit der Kirche sowie mit allen ihren Organisationen.“

Wenn wir wollen, könnten wir die Liste derjenigen Gläubigen, Popen, Bischöfe und Erzbischöfe und sonstigen hohen höchsten Kirchenbeamten, die täglich in sowjetrussischen Zeitungen öffentlich ihren Bruch mit der Religion verkünden, beliebig verlängern. Wir glauben aber, daß diese Aufzählung vollauf genügt, die deutschen Werktätigen davon zu überzeugen, daß „drüben“, im ersten Arbeitererland der Welt, der Sieg der sozialistischen Vernunft über die finsternen Mächte der kirchlichen Reaktion ein endgültiger geworden ist. Die deutschen Werktätigen in Stadt und Land haben alle Ursache, aus vollem Herzen diesen herrlichen Sieg ihrer sowjetrussischen Brüder über Popen, Kapitalisten und sozialdemokratische Klassenverräter zu begrüßen. Gibt uns doch dieser unaufhaltsame Vormarsch der menschlichen Vernunft frischen Mut und neue Kräfte, auch hier im kapitalistischen Deutschland die reaktionäre Dreieinigkeit: Pope, Kapitalist und Sozialverräter als Machtfaktor endlich zu liquidieren.

Der 1. Mai im freien Sowjetrußland



Arbeiter und Arbeiterinnen des Moskauer Betriebes Nummer 22, die bereits ihren Fünfjahresplan in zweieinhalb Jahren erfüllt haben, während der Maidemonstration in ihren Nationaltrachten

Wahnsinnige Schreckenstat eines verzweifelten Wohlfahrtserwerbslosen

Mit dem Beil seine zwei Kinder erschlagen

Nach der Bluttat steckte er sein Haus in Brand, um dann Selbstmord zu verüben

In Cuadrath bei Bergheim im Rheinland erschlug der 50jährige Wohlfahrtserwerbslose Johann Thijßen seine zwei Kinder im Alter von 8 und 14 Jahren, indem er ihnen mit einem Beil den Kopf spaltete und dann noch die Kehle durchschnitt. Darauf steckte er das Haus in Brand und erhängte sich auf dem Speicher an einem Balken.

Nachbarn, die durch den Feuerschein alarmiert wurden, eilten herbei, um die Flammen zu löschen. Mit Todesverachtung drangen sie in das brennende Haus, schnitten Thijßen, der noch Lebenszeichen von sich gab, ab, und brachten ihn ins Krankenhaus, wo er jedoch einige Stunden später verstarb. Der Brand konnte gelöscht werden.

Der durch Hunger und Not zur wahnsinnigen Verzweiflung getriebene Wohlfahrtserwerbslose war Vater von sieben Kindern, von denen zur Zeit der Schreckenstat nur zwei im Hause

weilten. Wie die Untersuchung ergab, hatte er sich schon einmal in seiner vollkommenen Ausweglosigkeit geäußert, mit sämtlichen Kindern und sich selbst „Schluß zu machen“. Doch glaubten die Nachbarn, daß es nur so ein Gerede sei. Jetzt aber hat Thijßen bewiesen, daß ihm diese Drohung im wahrsten Sinne des Wortes blutiger Ernst gewesen ist.

Ein Vater erschlägt seine beiden Kinder mit dem Beil und schneidet ihnen dann noch die Kehle durch! Grauen und maßlose Empörung packt einen. Man fragt sich entsetzt: Warum diese Wahnsinnstat? Man forscht nach den Ursachen dieses furchtbaren Verbrechens und stellt mit Jähnefrischen wieder einmal fest, daß es der Hunger war, der diesem Verzweifelten das Beil in die Hand drückte. Also hat letzten Endes nicht der Wohlfahrtserwerbslose Thijßen seine beiden Kinder ermordet, sondern der Mörder Kapitalismus. Wann endlich wird die Arbeiterschaft seinem barbarischen Wüten Einhalt gebieten?

Japanisches Kino in Flammen

Bisher 17 Tote, über 50 Verletzte

Nach einer Meldung aus Tokio brannte in Schimemaki auf der Halbinsel Hokkaido bei der Vorführung eines amerikanischen Films ein aus Holz gebautes Kino nieder. Aus den Trümmern sind bisher 17 Leichen geborgen worden. Die Zahl der Verletzten übersteigt nach amtlichen Angaben die Zahl 50. Man befürchtet, daß unter den rauchenden Trümmern noch weitere Leichen liegen.

Wieder 2 Kumpels Opfer des Profits

Auf der Schachtanlage „Trig“ des Köln-Neuessener Bergwerksvereins sollten fünf mit Abtätigungsarbeiten beschäftigte Bergarbeiter eine Hauerbühne herablassen, als diese aus angeblich noch nicht geklärten Ursachen brach. Während sich drei Kumpels an den Seilseilen festhalten konnten, wurden die zwei anderen mit in die Tiefe gerissen und getötet.

Massenmord in südafrikanischen Gruben

7 Kumpels tot, 9 schwer verletzt

Nach einer Meldung aus London stürzte in dem Bergwerk der Consolidated Mines Reef ein mit Bergleuten vollbesetzter Förderkorb ab. Sieben eingeborene Kumpels waren auf der Stelle tot und neun lebensgefährlich verletzt.

3 Söhne vor den Augen des Vaters ertrunken

Bei Bodö in Norwegen unternahm drei Söhne und die Tochter eines Landwirts eine Bootsfahrt. Plötzlich kenterte das Boot. Während die drei jungen Männer ertranken, konnte sich das Mädchen am Bootskiel festhalten und wurde schließlich ans Ufer getrieben. Der Vater war von Land aus Augenzeuge des entsetzlichen Unglücks. Er konnte jedoch seinen drei Söhnen keine Hilfe bringen.

Verantwortlich: Karl Preißner, Berlin.

Italien — ein Volk in Ketten



„Wie die Hunde — wie das Vieh hält man uns“, so sagten Arbeiter und Bauern im faschistischen Italien dem Berichtsersteller der „AJZ“, Alfred Kurella, dem es als ersten proletarischen Schriftsteller und Photographen trotz faschistischer Bespitzelung und Grenzkontrolle gelungen ist, das faschistische Italien von einem Ende zum andern zu bereisen, um Leben, Leben und Kampf der werktätigen Massen unter der faschistischen Herrschaft zu studieren und im Bilde festzuhalten. Die „AJZ“ veröffentlicht als einzige illustrierte Zeitung diese aufsehenerregenden Schilderungen und verbotenen Aufnahmen.

Darum

Verbreitet die „AJZ“ in Millionenaufgabe!

PROLETARISCHES FEUILLETON

„Das Volk erkämpfte sich Luft, Licht, Raum zum Leben“

Der Arbeiter-Sängerbund

40 Jahre Gau Berlin

Einfi und jetzt

Seit 40 Jahren besteht der Gau Berlin des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Zum 40jährigen Gaujubiläum fanden in Berlin vom 6. bis 10. Mai Konzerte, „Feierstunden“ der Arbeiter-Sänger statt. Die Festschrift des Arbeiter-Sängerbundes zum Gaujubiläum liefert wertvolle Beiträge zur Beurteilung des Gegenjahres zwischen dem Arbeiter-Sängerbund und der Sozialistengesetzgebung und zur Zeit des Republiksturzjahres und der Notverordnung. Dieser Gegenjahrs ist ein — Klassenjahres.

Ursprünglich war der Arbeiter-Sängerbund eine Klassenkampforganisation, heute ist er ein Teil der bürgerlichen Sängerbewegung.

Am 20. Februar 1876 traten in Berlin eine Anzahl kleiner Arbeiter-Sängervereine zusammen und gründeten den „Berliner Arbeiter-Sängerbund“. Lesen wir in der Festschrift zum Gaujubiläum in einem Artikel des Gauleiters Paul Schneider. „Es war ihm nur ein kurzes Bestehen beschieden, im Oktober 1878 wurde er bereits auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst... Betrachten wir uns Titel und Inhalt der Lieder des Bundes, so erkennen wir auch den Begriff seiner „Staatsgefährlichkeit“. „Bundeslied“: „Damit es besser werde“, „Mahnruf“: „Mann der Arbeit, aufgemacht“, „Ein Hoch dem sozialen Bund, der Freiheit, Gleichheit schaffen soll“.

Der heilige Schneider, der auf dem Gaujubiläumspalast des DWSB sein Haupt mit Heiligenschein umgeben ließ, schwärmt für Sängerragitzprop, für revolutionäre Agitation und Propaganda mittels Arbeiter-Sängers, wenn es sich um die Vergangenheit handelt — bekämpft aber die revolutionäre Agitation und Propaganda mit allen Mitteln, wenn von der Gegenwart die Rede ist.

Am 10. Mai im Rahmen der „Feierlichkeiten“ des Gaujubiläums marschierte ein Festzug der Arbeiter-Sänger in Berlin auf. Die reformistischen Bonzen des DWSB achteten darauf, daß aus diesem Aufmarsch keine revolutionäre Demonstration wurde. Deshalb hatten sie das Tragen von Transparenten verboten. Dazu äußerte sich der bereits zitierte Schneider (auf der letzten Gaugeneralsversammlung): „Wenn die Opposition wagen sollte, am 10. Mai mit Transparenten aufzumarschieren oder gegen die Beschlüsse der Gaugeneralsversammlung in anderer Form zu verstoßen, dann könnten wir ihnen noch von links und rechts Badpfeifen austeilten.“ Schneider in der Rolle eines kleinen Vereinsmosch meint, gegen revolutionäre Gesinnung mit Badpfeifen vorgehen zu können. Weiß er, daß Lächerlichkeit tötet?!

Der Weg des Betratts

Die Bekenntnisse Schneiders für die Revolution in bezug auf die Vergangenheit und für die Konterrevolution in bezug auf die Gegenwart, sind charakteristisch für den Verrat der reformistischen Bürokratie auch innerhalb des Arbeiter-Sängerbundes. Heute kämpfen die Schneider auf der Seite der Bourgeoisie, vereint mit dem Sozialistengesetz der Gegenwart, gegen das Klassenbewußte deutsche Proletariat.

Diese Einziehung der Bonzen des DWSB „auf den Flügeln des Gefanges“ in die Front der Bourgeoisie erhielt ihren organisatorischen Niederschlag in der Form einer „Interessengemeinschaft“ zwischen dem Arbeiter-Sängerbund und dem bürgerlichen Sängerbund. Der Bundesvorsitzende Fehel lang dazu auf der Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes in München 1929 ein echtes sozialdemokratisches Lied: „Da Arbeiter im Reichsbanner mit bürgerlichen Demokraten und Zentrums-männern Schulter an Schulter marschieren, sollten sie sich auch mit der Interessengemeinschaft zwischen DWSB und Deutschem Sängerbund abfinden können.“ Und Genering selbst besiegelte in Essen diese arbeitserfindliche „Gemeinschaft“ mit folgenden Ausführungen: „Es muß dahin kommen, daß unsere Arbeiter-Sänger auch religiösen Liedern nicht ausweichen. Daß sie „Ein feste Burg ist unser Gott“ nicht nur hören, sondern auch singen und die Herren vom Deutschen Sängerbund an den Klängen des Wolgaliedes mindestens musikalisch Gefallen finden.“ Kann sich die Versippung zwischen SPD und Zentrum, der Verrat der Führer der SPD, an den Interessen der Arbeiterschaft gnüßlich äußern?! Doch es blieb nicht bei den Worten allein. Ein Breslauer Arbeiterchor besetzte 1931 den Rat von Severing und sang im Rundfunk, das Christliche mit dem Deutschnationalen vereinigend: „Ein feste Burg ist unser Gott.“

Gaufest des DWSB. vor sechs Jahren und heute

„Nun bricht aus allen Zweigen, das maienfrische Grün“ — „Wie herrlich ist's im Wald, im grünen, grünen Wald“ — „die Abendgloden rufen das weite Tal zur Ruh“ — „die Blümelein, sie schlafen schon längst im Mondenschein“ — „ich schied mich von der Liebsten mein“ — „es scheinen die Sternlein so hell, so hell“ — „Heia! das Schneegebirg ha'n wir entkommen“: diese Lieder des DWSB beherzten das Sängersfest des Gaues Berlin des DWSB vor fünf Jahren in Brandenburg a. d. Havel. Die Tendenz der „Blümelein“, die „schon längst im Mondenschein schlafen“ unterscheidet sich doch wohl von der Tendenz des Kampfliedes „Wann der Arbeit, aufgemacht!“, das während des Sozialistengesetzes von den Arbeiter-Sängern gesungen wurde.

Und das Gaujubiläum 1931?! Lieder wie „Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus“, „Am Brunnen vor dem Tore, da steht ein Lindenbaum“, „Ziegenbock, Ziegenbock“, „Ach herrliches Herz“, sind auch diesmal ausschlaggebend. Allerdings ist heute eine gewaltige Revolutionierung der Arbeiter-Sängerbewegung von unten im Gange. Immer mehr proletarische Sänger erkennen den Verrat der reformistischen Führer innerhalb und außerhalb des DWSB. Immer mehr Arbeiter-Sänger bekennen sich zur einzigen revolutionären Arbeiterpartei in Deutschland, zur KPD. Da mußten die reformistischen Bonzen dem revolutionären Tendenzlied Konzeptionen machen, um die unzufriedenen Bundesmitglieder bei der Stange zu halten (es wird ihnen nicht gelingen!). Immerhin hat es die revolutionäre Opposition durchgesehen, daß im Rahmen der Veranstaltung „Das Arbeiterlied der Neuzeit“ und „Rotes

Lied“ auch einige wirkliche Kampflieder, wie die von Hanns Eisler gesungen werden.

Doch das wichtigste, das epochale revolutionäre Chorwerk von Brecht und Eisler: „Die Maßnahme“, wurde vom reformistischen Gauvorstand zurückgewiesen mit einer Begründung: dieses Stück könnte „den harmonischen Verlauf des Festes stören“. Und besonders gefährlich erschien das Lied „Der heimliche Aufmarsch“ von Eisler, als offenes Bekenntnis zur Sowjetunion. Dafür wurden dieselbigen kleinbürgerliche Kompositionen von Koseberg in der Art von „Schraubenzieher“: „Der Vater baut Kähe, ping, ping, ping, der Vater baut Schiffe, tsching, tsching, tsching“ (ein oppositioneller Arbeiter-Sänger charakterisierte dieses „ping, ping, ping“-Liedchen richtig: „Der Schraubenzieher schraubt so lange, bis der Panzerkreuzer fertig ist“) und „Du mein Möppelchen“ als „rote Lieder“ gesungen. Dazu betonte ein Sprecher: „Das Volk erhob sich, erkämpfte sich Rechte, Luft, Licht, Raum zum Leben“ (nicht etwa in der USSR, sondern in Brüning-Deutsch-

Entlassen / Von Siegfried Rebel

Vor unseren Augen den dichten Schleier des Schneegestöbers und die mit unserem Nahen phantastisch aufsteigende Fabrik in einem Gemisch von gelbem und blauem Licht — so jagten wir in wilder Hast durch den Wintermorgen zum Werk, einer der andern überholend. Um sieben Uhr begann die Arbeit, und wir hatten nur noch wenige Minuten Zeit. Fast verging uns der Atem. Den Kopf durchstuchte ein dumpfer Schmerz, sobald wir mit unseren schweren, kläglichen Stiefeln irgendwo hart aufsprangen. Ein Arbeiter schlug lang hin, als er versuchte, seitwärts gegen den scharfen Wind anzurennen.

Walter, mein Kollege, der mit kleinem Vorsprung mir voraus war, schrie zumeilen mit heiserer, wütender und entsetzter Stimme in die vorbeischießende Luft hinein. Die Worte waren kaum zu verstehen. Kamen wir aber in den schwingenden Lichtkreis einer Laterne, dann verriet Walters Gesicht, das finstere Hinhinlegen, mehr als sein Geschrei.

Obwohl wir bis Arbeitsbeginn keine Sekunde zu verlieren hatten, wäre es uns bei einem Mittelmaß der ohnehin gewohnten, uns täglich eingepreßten Hast durchaus möglich gewesen, unsere Karten an der Kontrolluhr in der leichtenfarbenen Halle noch eine Minute vor sieben abzusteampeln. Das Abstempeln um Punkt sieben galt schon als Zutrittskommen.

„Diesmal“, schrie Walter, „diesmal nur noch! Sie werden mich schnappen!“ Diese Furcht vor Entlassung trieb zur äußersten Eile; wir wären sicherlich immer noch zeitig genug gekommen, aber die Sache hatte noch einen besonderen Haken. Nicht am Fabriktor ließen nämlich Schienenstränge vorbei. Jeden Morgen, kurz vor sieben, aber sollte über diese Schienen ein langer Güterzug, der den Weg zur Fabrik abschnitt.

Wollt wir so rannten, konnten wir das Nahen des Zuges nicht hören. Wir sahen nur die Schlaghüme. Voller Ungewißheit steigerten wir alle unseren ungleichen Wettlauf mit der Lokomotive bis zum äußersten. „Versucht... ich werd... zu spät...“ in solchen Bruchstücken rang sich immer wieder die Wut und Beforgnis aus Walters Mund. Wir taumelten dahin, nicht anders als die Schneeflocken um uns her. Schwarze, jagende Körper.

Wohlfiel fielen die Schlaghüme — einige Meter vor uns. Das hatten wir ja befürchtet. Einem Arbeiter gelang es noch, drunter wegzukriechen. Doch in einer Sekunde war es schon zu

spät. Zu der ideologischen Charlatanerie der Berliner Festveranstaltungen (linke Thesen, rechte Gedanken und Taten) passen die programmatischen Erörterungen in der Festschrift über den Menschen, „der sich befreit, indem er singt“, über das „sich befreien durch tönende Luft“ und über das „Bedürfnis nach dem unpolitischen, lediglich ästhetischen Gesetzen folgenden Kunstwert“. Ob „Ein feste Burg ist unser Gott“ auch „lediglich ästhetisch Gesetze befolgt?“

Kampfgemeinschaft der Arbeiter-Sänger

Dieser opportunistischen, arbeitserfindlichen Theorie und Praxis gegenüber sammeln sich die ausgeschlossenen oppositionellen Arbeiter-Sänger (im Rheinland allein 4000) und die Opposition im DWSB immer zahlreicher in der „Kampfgemeinschaft der Arbeiter-Sänger“. Die „Kampfgemeinschaft“ sammelt die Arbeiter-Sänger als Kämpfer gegen die Kulturreaktion, für die Volkrevolution, für den Bestreitungskampf des revolutionären Proletariats. Die „Kampfgemeinschaft“ kämpft gegen die Notverordnung, wie die Arbeiter-Sänger vor Jahrzehnten gegen das Sozialistengesetz.

Zu Pfingsten findet in Berlin eine Reichskonferenz der „Kampfgemeinschaft“ statt. Ein jeder Arbeiter-Sänger des Reiches muß an dieser Konferenz teilnehmen, da hier Lebensfragen der Arbeiter-Sängerbewegung entschieden werden und die revolutionäre Einheitsfront der proletarischen Sängerschaft geschmiebt wird. Die ausgeschlossenen Chöre im Rheinland haben bereits 10 Delegierte gemeldet. Durus.

spät. Mit dumpfem Brüllen und Fauchen kam der Zug, Waggon an Waggon.

Durch unsere aufgerissenen Münder pfliff die Luft. Die zusammengepressten Gesichtsmuskeln entspannten sich vorübergehend, um sich sofort in neuer Besorgnis wieder zusammenzuziehen: „Zehn Waggons... fünfzehn Waggons!“ zählten wir. Auch den Luftschritten wandten sich die Augen zu: „New York... Buffalo... New York! Götterflucht!“

Durch die Abstände zwischen den einzelnen Waggons sahen wir den Fabrikpfortner alle Türen, bis auf eine, schließen. Er rauhete behaglich seine Peise dabei. Wir, die wir über zwanzig Minuten waren, befanden uns in fiebernder Unruhe. Walter biß sich immerfort nervös in die Fingerknöchel und starrte entsetzt auf die Länge des Zuges. Er dachte gewiß an seine Frau und die Kinder, denen vielleicht Ermittlung und zeitliche Not in diesem Winter beschieden — wegen seiner Verspätung um eine Minute, ja, um wenige Sekunden.

Das beweg ihn, plötzlich vorwärts-schnellend, neben dem Zuge herzulocken, sich an einem Waggon festzukrallen und sich, nachdem er ein Stückchen mitgeschleppt, hochzuziehen. Wir anderen zählten die Sekunden. Manche schienen Walter zu bestaunen. „Er kommt noch zur Zeit!“ hörte man murmeln. Sein Beispiel hätte wohl angeleitet, aber der Zug fuhr zu schnell. Unter die Räder zu fallen, hingezerrt zu werden, an der Fabrik vorbei bis vielleicht zu den nahen Feldern... nein! Ein Arbeiter machte Rast, um nach Hause zu gehen: „Ich melde mich lieber krank“, raunte er seinem Nachbar zu.

Eine unbeschreibliche Wut kochte in uns, als der Pfortner uns später zurückhalten wollte. Eschroden trat er schließlich beiseite und händigte uns mißtraulich unsere bereits eingesammelten Karten wieder aus. Entlassen wurde diesmal, wie sich nachher herausstellte, niemand. Nur Walter schien dennoch entlassen worden zu sein. Auf meine Frage danach, schnauzte der Meister zurück: „Natürlich, entlassen! Er hat sich nicht krank gemeldet und ist auch nicht zur Arbeit gekommen!“

Seine Papiere und seine ihm zustehende Löhnung lagen im Büro bereit für ihn, als später bekannt wurde, daß er beim Hinüberklettern über den Zug verunglückt war. Er war mitgezerrt worden bis weit hinter die Fabrik, wo der Wind die Schneedünen zusammengewohlt hatte.

Die Bervielfältigungsmaschine

Herr und Frau Matsche liegen im Bett. Er liebt, sie döht. Ein hohles Bummeln schreckt durch die Nacht. Der Christus auf dem Paneelbord springt ein Stückchen vorwärts. Als Frau Matsche seine segnenden Arme über sich schweben sieht, klettert sie rasch auf die Bettkante und rückt die Gipsfigur wieder nach hinten. Von neuem klappt es dumpf. Frau Matsche schaut auf den Christus, diesmal ist er stehen geblieben und sie legt sich beruhigt nieder. Laut und heftig schallt es im gleichmäßigen Abständen durch den stillen Raum.

„Nicht mal um Mitternacht hat man Ruhe!“

„Was mag das bloß sein?“ Frau Matsche sieht fragend nach der Decke. Der Schall kommt von oben. Herr Matsche pikt den Kneifer feister auf seinen Nasenwiden und jekt sich entrübt hin.

„Natürlich, wieder die Kommunisten! Bei denen muß ja immer der Deubel los sein.“

„Nun scheint es ja aufgehört zu haben“, meint Emilie, faltet den Kragen der Nachtsjade zurecht und dreht sich nach der Wand um.

Von neuem hallen die Schläge durch die Nacht. Leise zittert die Wand nach. „Sie machen die Wände in den Neubauten auch zu dünn.“

„Nun sang bloß noch an, auf die Wohnung zu schimpfen, statt auf die Kneiser, die nicht als Ziden im Kopf haben, damit ruhige Leute aufgeschreckt werden. Man gut, daß jetzt die Anti-Terror-Notverordnung raus ist; sie bleibt auch, schreibt der Vorwärts, hier steht's!“ Er hält Emilie die Zeitung hin. Über Emilie sieht nicht, sie denkt nach, überlegt.

„Was ist das bloß, Schritte sind es nicht, ein Hammer auch nicht, hör doch bloß, ganz gleichmäßig geht das, Rud um Rud.“

„Gleich morgen wird eine handfeste Beschwerde aufgesetzt, daß man um seine ganze Nachtruhe gebracht wird.“ Matsche zieht

den Zipfel über die Ohren, zwei Minuten später später schnarst er schon.

Atemlos lauscht Frau Matsche. Sie kann nicht schlafen. Sie sammelt dem Geräusch nach. Sie muß es heraustreiben, was da oben gemacht wird. Vor Neugierde und Furcht zittert sie, denn es kann ja etwas Gefährliches sein. Mit Waffeln. Eine halbe Stunde lang verjümmert der Ton. Leider, denn wenn man nichts hört, kennt man nichts weiter.

Wohlfiel geht der Krach wieder los. Mit starren Augen sieht Frau Matsche nach der Decke; mit einem Mal hüpf sie wie erlöst auf, weckt Max und flüstert ihm etwas ins Ohr.

„Natürlich, natürlich, du hast den Vogel abgeschossen, selbstverständlich ist das eine Bervielfältigungsmaschine, verbotene Flugblätter, wir wissen Bescheid.“ Aufgeregt schlupft Max in die Fußpantoffeln und schaut aus dem Fenster. „Hier hört du es noch lauter, da muß sofort etwas getan werden.“

Draußen heult mächtig der Wind. Max Matsche sitzt auf der Bettkante.

„Ich werde mir hoffentlich keinen Schnupfen holen. Die Wache ist ziemlich weit weg und der freie Platz, da zieht's...“

„Hier im Bett liegt sich's mollig“, ermuntert Emilie und Max steigt ein.

Ein paar Minuten später schnarsten beide ausgiebig laut und tief. Die dünnen Wände zittern davon. Christus rückt wieder segnend nach vorn. Um die feste Burg des Familienklafs heult der Wind, Frühlingssturm tobt sich aus und schlägt ein offenes stehendes Bodenfenster hin und her. Bum bum, klappt es in gleichmäßigen Abständen. Der Ton dröhnt durch das ganze Haus.

Unten vor der Tür stehen die Genossen. „Wenn wir bloß erst wissen, wo wir diesmal die Flugblätter abgeben können.“

Wielostein

Hochwald-Apotheke

Brand & Nowe Kolonialwaren, Spirituosen, Weine und Zigarren

August Teuber, Hauptstraße 24 Milch und Molkereiprodukte

Hugo Müller in Fa. Otto Kuttig Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel und Spirituosen

Schuh- und Bekleidungshaus Otto Klose, Hauptstraße 74

WILLY HEYNE, Hauptstraße 174 Kolonialwaren, Vorkost, Süßfrüchte, Schokolade

Kaufhaus Nonke Hauptstraße 115

„Deutsches Haus“, Hauptstr. 93 Inh. Ernst Bartlog empfiehlt großen und kleinen Saal zu Vergnüngen u. Versammlungszwecken

Lebensmittel bei Ernst Schubert, Hauptstr. 63

„St. Barbara“-Drogerie Hauptstraße 53 Drogen, Lacke, Farben

„STEINERNES KREUZ“ empfiehlt seine Lokalitäten

Deckt euren Bedarf an Wäsche, Strümpfen, Herrenartikel bei Fritz Meise, Hauptstr. 76

Paul Schwarzer, Hauptstr. 142 Bäckerei und Konditorei

Ludwig Hoferichter, Fleischermstr. Hartauer Weg 4

Karl Wihmert, Hauptstr. 129 Möbel, Sprechmaschinen, Kinderwagen, Spiegel

W. Lachnit Feinkost, Kolonialwaren, Zigarren, Zigaretten, Weine vom Faß u. Flaschen

Richard Otto, Neue Straße 11 Kolonial- u. Kurzwaren

Jauer

„Gasthof 3 Tauben“ besuchen Sie die billige Bierquelle

Herren- und Knaben-Bekleidung kauft bei Otto Schneider

Handschuh-Spezialgeschäft u. Herren-Artikel, Damen-Strümpfe Wilhelm Liegert, Ring 33

Richard Wenke, Goldberger Str. 24 Fleisch- und Wurstwaren

Reinhold Köhler, Dorwerkstraße 32 Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Weinhold Goldberger Straße Nr. 10 Fleisch- u. Wurstwaren

Berthold Mager G. m. b. H. Haus- und Küchengeräte Eisenwaren u. Werkzeuge aller Art

Fahrräder und Nähmaschinen Max Fredrich, Blücherstr. 22

R. Gelmann, Friedrichstr. 29 empfiehlt Zigarren, Zigaretten, Tabak

Lebensmittel Marta Romainszyk, Altjauer Str. 18 a

August Feige & Sohn, Likörfabrik u. Weinhdg. Tabakwaren, Fruchtsaftpresserei

Verlangt stets Haselbach- und Kipke-ier Erich Keil, Kirchstraße 1

Schuhwaren u. Fußpflege K. Kliemke, Goldberger Str. 32

Löben Lasan Kolonialwaren Wilhelm Dressler Schuhwaren

Joh. Kureck Steinauer Str. 25 Hauptstr. Nr. 31

Lebensmittel

Reserviert Nr. 500

Fleischerei und Frühstückstube Paul Hise, Bahnhofstr. 17

Reserviert 101

Driesch

Kauft Radio bei „Phönix“

Brot-, Weib- u. Fein-Bäckerei 2 mal täglich frische Semmeln bei Kirschtal, Gerberstr. 3

Bergmanns Etagegeschäft Damen-, Mädchen- u. Kinderkleidung

L. Lewin, Zollstr. 1 Spezialhaus für Herrenartikel

Kaufhaus Artur Bach Billigste Bezugsquelle

Beerigungs-Institut Max Wende, Lange Straße 33

Fahrradhaus Bartsch das billigste Spezialgeschäft

Fraustadt Central-Kaufhaus Größte Auswahl, billigste Preise

Zigarren-Spezialgeschäft ff. Fleisch- und Wurstwaren

Kolonialwaren Reinhold Meigt Am Viehmarkt Reserviert

Waldenburg Samenhandlung Otto Liebert

Kauft bei Jacobsohn Gartenstr. 6

D. Korn, Friedländer Straße 7 nur gute Herren- und Knaben-Bekleidung

Konfektionshaus Max Silbermann Herren- u. Knaben-Bekleidung

Waldenburg-Aitwasser Alfred Röhmisch, Breslauer Straße 57

„Weißes Roß“ Inh. Bruno Grieger

I. G. Grob, Breslauer Straße 37 Drogerie / Destillation / Photo

Ober-Saizbrunn Julius Just, Fürstensteiner Str. 16

Heinrich Hillebrand, Auenstr. 16 Bäckerei und Konditorei

Fleischermeister Albert Pauluschke Einkaufsquelle der Arbeiter

Hagnau Kauft bei Ojwinzka Burgstraße Nr. 38

Kauft bei Th. Prinz Ring 30

Rind- und Schweineschlächterei Otto Thiel, Bahnhofstr. 5

Rind- und Schweineschlächterei Ernst Karge, Bahnhofstr. 34

Brot- und Feinbäckerei Karl Pukalla, Domplatz 12

Reserviert Nr. 500

Fleischerei und Frühstückstube Paul Hise, Bahnhofstr. 17

Reserviert 101

Sagan

Georg Bick Nachig. Das größte Kaufhaus mit den niedrigsten Preisen

Städt. Lichtwerke / Sagan Gas- und elektrische Installationen - Apparate

Willy Joseph Brot- u. Feinbäcker. Brüderstraße 19

Neue Apotheke Keplersstraße Neueste Präparate

Trinkt Milch u. ihr bleibt gesund Central-Molkerei

G. Bartsch / Langestraße 12 Tischlerei - Sargmagazin

Herzogl. Hof-Drogerie / Markt 39 Inh. P. Stark Hyg. u. Wirtschaftartikel mit 5-6 Proz. Rabatt

ELSE HOFFMANN, Stadtwiese 2 Damen-, Herren- u. Kinderwäsche

Lebensmittel und Molkereiprodukte Ww. E. Raczkowski, Kurlandstr. 6

Fritz Skupin Ring 32 Herren- u. Knaben-Bekleidung

Brauerei „Tivoli“ M. Baudach Karamel- u. Einfachbier Kohlenhandlung

F. Roimann Inh. R. Koblitz / Tel. 578 Uhren, Gold- und Silberwaren, Optik

Bunzlau Herren- u. Knaben-Konfektion, Schuhwaren

Görlitzer Schuhhaus, Markt 39 Reserviert Nr. 2

Ernst Reinhold, Stockstr. 19 Bekleidung und Möbel

„Gasthof zum Deutschen Reich“ Treff aller Werktätigen

Kurt Ludewig Glas, Porzellan, Geschenkartikel

Reserviert Nr. 23

Sortimentshaus Theophil Rosenthal Bunzlau Naumburg

Photo, Drogen, Farben Erich Standke Zollstraße Nr. 9

Reserviert Nr. 22

Paul Lange, Blumenau 28 Kolonialwaren, Spirituosen, Takake

Herm. Löhrlig, Hauptstr. 3 Herrenkonfektion / Schuhwaren

Ernst Teichmann, Hauptstraße 1 Kleiderstoffe, Bettwäsche

Deckt euren Bedarf in Haus- und Küchengeräten bei Eisen-Vogt, Hauptstraße

Schuhhaus Eduard Scholz vorm. E. Scholz Erben

Milch- und Molkereiprodukte Paul Müller Hauptstraße Nr. 80

Alfons Himmel Hauptstraße 45 Lebensmittel und Schularbeiten

Feine Fleisch- und Wurstwaren bei W. Püser, Unterring 36

Hotel „Hohes Haus“ Inh. Heinrich Franke Oberring 77

Rasier- u. Haarschneidesalon, Ernst Hain Breite Straße 1, empfiehlt sich

Gotthard Gillert, Hauptstraße 16 Kolonialwaren, Weine, Spirituosen

Reserviert

Striegau

Brauerei Gebr. Thiel empfiehlt ihre erkrankungsfreie Lagerbiere und alkoholfreie Getränke

Kauft Herrenartikel im Spezialgeschäft Franz Kern, Ring 3

Karl Vogt, Güntherstr. 11 Kinderwagen, Korbmöbel, Metallbetten, Auflegematratz

LÖWEN-DROGERIE Art. Kalms, Ring 17

Kühnpast-Korn!

REINHOLD SCHWABE, Ring 9 Damenkonfektion, Stoffe aller Art

Bekleidungshaus Ostrower Ring 48

Molkerei A. Bittner empfiehlt sämtl. Molkereiprodukte

CARL PAUL SCHNEIDER, Ring 5 Kleiderstoffe, Wäsche, Konfektion

Kauft bei Licht Glas, Porzellan, Steingut

Oskar Bock, Wittigstraße 10 Weinhandlung, Kolonialwaren

Reserviert Nr. 7

Bekleidungshaus BAUSCHMANN

Traugott Drieschner, Gräbenstr. 13 Kolonialwaren, Drogen, Farben

Eduard Naschinski, Gräbenstr. 8 Fleisch- und Wurstwaren

Reserviert Nr. 9

Otto Kosmahl, Biergroßhandlung Fabrik alkoholfreier Getränke

Reserviert Nr. 10

Reserviert Nr. 77

MERKUR-DROGERIE, C. G. Opitz Inhauer Manfred Kalms

Kauft Stoffe, Wäsche, Strümpfe bei Larisch, Ring Nr. 14

Verlangt stets Haselbach- u. Schultheiß-Biere Paul Sperlich, Gräben 1

Mühle und Bäckerei 6. Urban, Filiale Wilhelmstraße Nr. 7

Sandberg-Waldenburg Paul Riegel Waldenburger Str. 21

Fleischerei und Wurstfabrik Freiburg

Reserviert Nr. 11

Trinkt mehr Milch! Molkerei Adolf Hasler Eier, Butter, Käse / Striegauer Straße 33

Georg Hanke, Striegauer Straße 29 Kolonialwaren / Butter Eier / Obst / Gemüse

Erich Dresel Landeshuter Straße 13

Emil Schrabek, Mühlstr. 11 Schuhwaren, Hüte, Mützen

Fischhandlung „Nordsee“ Inhaber Wilhelm Asbeck Striegauer Straße 2

Reserviert 101

Waldenburger Bergland

Wie der Sozialfaschismus die Arbeiter verzeucht

Schamlose freiwillige Lohnbrüdererei

Schweidnitz. A. S. In welcher verhängnisvoller Weise sich zum Teil die Verumpfung des Reformismus auswirkt, dafür sind wir heute in der Lage, einen Beweis zu liefern, der fast unglaublich klingt und doch leider als Tatsache verzeichnet werden muß.

Bei der Firma Weise & Söhne waren einige Wochen lang Holzkandalarbeiter und Steinfeher beschäftigt (Straßenbau). Als es daran ging, die Steinfeher wegen Arbeitsmangel zu entlassen, boten sich diese an,

für den Steinfeherlohn von 1,10 Mark als gewöhnliche Arbeiter für 65 Pfennig die Stunde zu arbeiten.

Die Folge davon war, daß Holzkandalarbeiter entlassen wurden. Als diese vom Sozialfaschismus angefaulten Elemente wegen ihres erbärmlichen Verhaltens zur Rede gestellt wurden, konnte man feststellen, daß sie sich der Tragweite ihrer Handlungsweise durchaus bewußt waren, denn einer von ihnen brachte es fertig, zu sagen: „Na, da macht uns mal etwas in der Zeitung schlecht und da ist die Sache erledigt.“ Das Ungeheuerliche an der ganzen Sache ist, daß diese Gesellen nicht etwa den Nazis oder dem Stahlhelm angehören, bei denen man eine solche Charakterlosigkeit vielleicht verstehen könnte, sondern es handelt sich zum Teil um langjährig organisierte Gewerkschaftsmitglieder, die es trotzdem bis in die letzte Zeit hinein gewagt haben, ihr Maul immer mehr voll zu nehmen, beim Neben von Solidarität, Solidarität, Kampf usw.

Es ist schandmäßig das Verhalten dieser Leute auch sein mag, es wäre trotzdem falsch, darin lediglich eine gewisse Verkommenheit von Arbeitern zu sehen, sondern es ist notwendig, an diesem Vorfalle zu erkennen, daß derartige Erscheinungen nur verstanden werden können, wenn man auch den Kurs der Gewerkschaftsbürokratie in den letzten Jahren bis in die jüngste Zeit vor Augen hält und begreifen lernt. Das Aufgehen jeden Kampfes von Seiten der Gewerkschaftsbürokratie muß, wenn die Arbeiterschaft sich dagegen nicht mit aller Macht zur Wehr setzt, schließlich eine solche Verweichung und Demoralisation auch der Arbeiter selbst im Gefolge haben. Demgegenüber genügt es selbstverständlich nicht, sich über jene korrupten Gesellen zu entrichten, sondern es ist notwendig, daraus diejenigen Lehren zu ziehen, die aus diesem Vorgang gezogen werden müssen. Die wichtigste dieser Lehren ist, den Kampf gegen den verbrecherischen reformistischen Kurs der Gewerkschaften zu verstärken.

Das kann wirksam nur durch den Beitritt zur A.S.D. geschehen, die allein imstande ist, die weitere Verzeuchung der Arbeiterschaft zu verhindern. Deshalb muß auf der ganzen Linie die Werbung für die A.S.D. verstärkt werden.

Denen verkommenen Kollegen aber, die im Zeichen des allgemeinen Schraubes sich dazu hergeben, freiwillig auf den ihnen zustehenden Lohn zu verzichten und damit zu schamlosesten Handlungen der Kapitalisten zu werden, sei hier gesagt, daß sie sich irren, wenn sie meinen, die Sache sei erledigt, wenn sie in der Zeitung angeprangert sind. So leichtes Kaufes sollen sie bei diesem Verrat an ihren Klassenbrüdern nicht hingeworfen werden. Die Arbeiterschaft muß sich sofort auch dafür einsetzen, daß diesen Verrätern ihr schändliches Handwerk gelegt wird.

Internationaler Bund, Kreisleitung Waldenburg

Sonnabend, den 16. Mai, 14 Uhr findet in Waldenburg im „Gasthof zum Edelstein“ der nächste Schulungskursus für die Funktionäre des Internationalen Bundes statt. Es ist notwendig, daß alle Ortsgruppen vertreten sind.

Gottesberg Freigewerkschaftliche Betriebsräte als Schichtenjäger

„Kampf den Doppelverdienern“, das ist die neueste Parole der reformistischen Gewerkschaftspropaganda. Jedoch Theorie und Praxis sind zwei verschiedene Dinge, wie es uns der Betrieb der Grube G.L. & H. in Friedenshain zeigt, wo die reformistischen Betriebsräte herrschen, zeigt. Die beiden reformistischen Betriebsräte Wolf und Bergmann fanden es ganz in der Ordnung, am Sonntag, dem 10. Mai, Neberjächten zu fahren, denn was braucht mein Mund zu wissen, was meine Hände machen, ist ihre Parole. Trotz ihrer mindestens zehn Funktionen, welche sie in der Kommune, in der Partei und in Sportorganisationen haben, die eine erledliche Nebenverdienstmöglichkeit abwerfen, hatten sie an diesem Sonntag wahrnehmbar Mühe, und so arbeiteten sie einfach. Wenn schon Sonntagsarbeiten notwendig sind, dann soll man Familienväter berücksichtigen und nicht solche Nieselchickens.

Somit mit diesen Verrätern an euch, Zusammenbruch im Einheitsverband der Bergarbeiter, Wahl von roten Betriebsräten und Organisierung des Kampfes gegen Lohn- und Steuerraub, das ist der nächste Schritt für euch.

Landeshut Der „geschändete“ Republikanische Tag

Die SPD. hatte für Sonntag hier zu einem sogenannten Republikanischen Tage aufgerufen, der mit Straßenkundgebung des Reichsbanners verbunden war. Es nahmen etwa 350 Personen an dem Aufmarsch teil. Als der Gölzinger Redner auf dem Marktplatz sprach, kam von der böhmischen Straße her der zu einer Verdrängungsaktion vorbereitete Kameraden marschierende Leppersdorfer Militärverein, und die Kapelle spielte zufällig gerade den Fredericus-Ver-Marsch. Verblüfft unterbrach der sozialdemokratische Redner seine Ansprache und fuhr mit seinen Ausführungen erst fort, als die Polizei der Kapelle das Weiterspielen untersagt hatte.

Das der Redner in seiner Ansprache innehielt, war aus Vieläufhunden sehr richtig. Warum man aber der Kapelle das Weiter-

spielen des „berühmten“ Marsches verbietet, ist uns wirklich ein Rätsel. Denn: ob, wie liegt so weit, so weit die Zeit, wo die SPD. Staatsgefährlich war. Nicht lange mehr und auch die Republikaner werden den Fredericus-Marsch zur Nationalhymne erheben. Von der Panzerkreuzerei ist doch wirklich kein weiter Weg mehr zur Fredericus-Dreckerrei.

Im Dienst des Profits verunglückt

Auf der Gustanrube in Rottenbach wurde der 26 Jahre alte Bergbauer Erik Nitzsch aus Schwarzwaldau durch her-

einbrechendes Gestein so schwer verletzt, daß er noch dem Anaptschaftsblazarett übergeführt werden mußte.

Liebsthau

Einer, der das „Dritte Reich“ nicht erwarten konnte

In der Sonntagnacht erschloß sich der Zimmermann Otto Seidel aus Liebsthau, Mitglied der NSDAP, zugleich auch Gruppenführer. Seidel war vorher zur Tanzmusik mit einigen Freunden und bekam dann mit einem wegen Liebesangelegenheiten Streit. Er bedrohte ihn mit der Waffe. Als der Gebrauch der Waffe abgemahnet wurde, ging er in Begleitung von zwei seiner Kameraden nach Hause und erschloß sich vor ihren Augen. Der Vater von Seidel ist bürgerlicher Gemeindevertreter und frommer Kirchgänger. Der Selbstmörder war von Hause herausgeworfen worden, da er dem Vater nicht fromm genug war. Er bestand sich infolge Erwerbslosigkeit in großer Not und trug sich auch schon längere Zeit mit Selbstmordgedanken.

Niederschlesien

Kapitalistische „Erziehungs“-Methoden treiben Lehrling in den Tod

Glogau. Wie die Presse meldet, hat sich dieser Tage der Lehrling des Bäckermeisters Sachs aufgehängt. Dieser Freitod hat beträchtliches Aufsehen erregt, obwohl ja in unserer neudeutschen Republik „Selbstmorde“ längst zu einer der alltäglichsten Erscheinungen geworden sind.

Es wird das Gerücht verbreitet, daß der Lehrling durch die grobe Behandlung seines Meisters in den Tod getrieben worden ist. Er hat schon wiederholt zu Bekannten geäußert, daß er diese Behandlung nicht mehr ertragen könnte und seinem Leben ein Ende bereiten wird.

Wir verlangen von den zuständigen Stellen mit allem Nachdruck, daß der Sache auf den Grund gegangen wird. Wenn an den Gerichten etwas ist, dann würde es nicht genügen, wenn der Meister an den Pranger gestellt wird. Mögen auch Menschen für den Kapitalismus nur Dreck sein, so verlangen wir trotzdem, daß der Fall geklärt wird, damit die Schuldigen gezwungen werden, vor aller Welt zu verkommen:

Tamohl, wir haben den Jungen so behandelt, daß er zum Strid greifen mußte, denn es stehen ja Tausende von jungen Menschen auf der Straße, die sich zu solcher Behandlung zur Verfügung stellen.

Die Tat ist entstanden aus dem Jynismus der kapitalistischen Weltordnung; deshalb verlangen wir auch, daß sich die Vertreter dieser „Ordnung“ offen und frei zu diesem Jynismus bekennen. In diesem Falle ist das um so notwendiger, als der Meister seine katholische Christlichkeit in einer Weise zur Schau zu tragen pflegt, die sein Verhalten dem Lehrling gegenüber doppelt verabscheuenswürdig erscheinen lassen würde. Wir verlangen also nachdrücklich, daß dieses „Freiwillige“ Auswandern eines jungen Menschen nach dem Friedhof geklärt wird.

Für die Jungarbeiter überall aber gilt es aus dieser Tragödie die Lehren zu ziehen. Nicht sentimental klagen, daß wieder ein junger Mensch getreten worden ist, sondern kampfbereit stellen die Werbung neuer Hilfsgruppen ins Auge fassen, das verlangt dieser Fall. Deshalb verstärkt überall die Arbeit für den A.S.D., und die Eltern unserer Parteigenossen, deren Jungen und Mädels noch abseits stehen, sie müssen diese jungen Menschen jetzt ungesäumt dem A.S.D. zuführen.

Görlitz Erwerbslose! Betriebsarbeiter! Heraus zur Massendemonstration!

Gegen Lohnabbau und neuen Unterstützungsrab. Am Freitag, 15. Mai, um 18 Uhr, am Nikolaigraben. Anschließend findet eine Kundgebung auf dem Elisabethplatz statt.

Oeffentliche Frauenversammlung des Verbandes proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Görlitz, am Freitag, dem 15. Mai, im Lokal „Wiesniger Hof“, Rumerwiger Straße. Genosse Girndt (Oppeln) wird über das Thema sprechen: „Christentum und wir.“ Beginn 20 Uhr. Freie Aussprache. Eintritt 10 Pfennig.

Bunzlau Aus dem Freitags Bunzlau

Der Staats-Kreisrat vom 11. Mai stand im Zeichen des vollstündigen Bankrotts der republikanisch-kapitalistischen Politik. Taran änderte weder das Gejammer der Bürgerlichen noch der SPD. etwas. Es bleibt ein Reichtum von 557.804 Mark, trotz Verabreichung von Gehältern und Unterstützungen, Einschränkung der Ausgaben für Straßenbau, für Krankenhäuser und Wohlfahrtsverwaltung. Geradezu lächerlich wirkte es, wie beide Seiten die Aussicht auf den völligen Pleitegeier zu bemänteln versuchten, bitter erntet wird aber für die betroffenen Arbeiter und Mittelständler die Auswirkung sein.

Zum Amtsvorsteher-Stellvertreter wurde der SPD-Gemeindevorsteher Tripp (Stegersdorf) mit 14 gegen 12 Stimmen gewählt. —

Interessant war bei der Statutenänderung für den Amtsbezirk Ritschdorf, daß für den Gutbezirk ein Vertreter mit dreifachem Stimmrecht hinzugefügt wurde. (Ein Stück Dreiklassenwahlrecht, der Steuerbetrag des Fürsten Solms gibt das politische Übergewicht.) Um zu sparen, werden den Kreisrat und Kreisratsmitgliedern die Tagegelde von 5 auf 4 Mark und die Fahrgelde von der 2. in die 3. Wagenklasse gekürzt. — Bei der Niederschlagung der Darlehn für frühere Hochwasserbeschäden gab es den ersten Zusammenstoß. Genosse Stuchse forderte hierbei die Bekanntgabe der Empfänger, weil sehr oft Stimmen laut wurden, daß bei solchen Dingen gerade die kleinen Befitzer leer ausgehen oder zu knapp wegkommen. Prompt wendete sich der „Auch“-Bauer Koleschun gegen eine solche Veröffentlichung, getreu unterstützt vom SPD-Landrat Köhne. (Ob hier das schlechte Gewissen maßgebend war?) — Die Hochwasserbeschäden vom Oktober 1930 sind mit 700.000 Mark berechnet, davon an öffentlichem Eigentum mit rund 80.000 Mark, an Privateigentum mit rund 376.000 Mark. Als beihilfefähig sollen nur rund 240.000 Mark anerkannt werden. Bei dem „berühmten“ Geldmangel des Staates ist nur ein ganz geringer Betrag zu erwarten, also wird auch hier manches Ackerfeld und manche Wiesenfläche für immer verloren sein. (Wenn Acker oder Wälder solche Löcher rissen, daß Panzerkreuzer drin schwimmen könnten, würde bestimmt anders gefordert.) — Um den Kreisfinanzbedarf zu decken, bleibt die Steuerfahne für Kreissteuern fast auf derselben Höhe, 90,5 Prozent gegen 69,3 Prozent von 1929. Reichseinkommensteuer- und Körperschaftsteuererhöhungen und Gewerbesteuer sind gekürzt, dafür muß die „Neuer-Neuer das Loch ausfüllen. Trotzdem noch ein Abbau an der Sozialfürsorge und eine weitere Belastung der kleinen Existenzen. — Das Kernstück des Kreisbudgets, die Genehmigung des Etats, zeigte beide Abteilungen in ihrer Verschleierungslust. Als Vertreter der Bürgerlichen sprach der Fabrikbesitzer Dr. Küster. Nach einigen Redereien erklärte er, daß die Bürgerlichen „schweren Herzens“ dem Etat zustimmen. (Wir können es begreifen, weil sie ja die Laten auf die kommunalen Schultern abzumähen müssen.) Hartmann von der SPD. lobte erst den Vordränger, meckerte in anderen Tonarten und kam zum letzten Schlag. Draußen radikale Töne, hier „Verantwortungsübernahme“. (?) (Genosse Evering droht eben mit dem Zwangsurlaub.) Genosse Stuchse beleuchtete u. a. die Verwendung von Steuergeldern an reaktionäre und konfessionelle Verbände und lehnte den Etat ab. — Nachdem noch der Zentrums-Reaktionär Langen sich als „Arbeiter“-Vertreter gebrüht hatte, wurde der mittlere Beamten das Gehalt herabgesetzt. — Der Löhne-Schmus war nicht veräußert worden.

Sagan Schweres Motorradunglück — 2 Tote

Im benachbarten Niederhartmannsdorf ereignete sich in der Nacht zum Dienstag ein schweres Motorradunglück. Ein aus Weiden nach Lieben fahrendes Motorrad, das mit dem Maurer Herzog und dem Motorradfahrer Stiebler besetzt war, streifte vermutlich infolge Abgleitens auf dem Sommerweg einen Baum und stieß mit voller Wucht an einen zweiten Baum. Stiebler war auf der Stelle tot, während Herzog bald darauf starb. Letzterer hinterläßt Frau und ein Kind.

Goldberg Unterschlagung beim Finanzamt

Wie die „Volkzeitung“ meldet, ist beim Finanzamt ein bei der Kasse tätiger Finanzbeamter seines Dienstes enthoben und die Kasse vorübergehend geschlossen worden. Es soll ein größerer Fehlbetrag aufgedeckt worden sein.

Diese Meldung ist reichlich unklar. Warum verschweigt man die Höhe des Betrages und den Namen des Spitzbuben? Warum wird er nicht verhaftet? Die Polizei und die Justiz sind doch sonst so schnell bei der Hand, wenn es sich um irgendein „Verbrechen“ von Proleten handelt. Aber so wird's gemacht. Wer von Hunger getrieben ein Brot „stiehlt“, der kommt sofort hinter Schlag und Riegel. Wer zum Einkaufen oder Haren Kiesenjammen unterschlägt, der bleibt auf freiem Fuß, damit er sich für seine Freisprechung, falls überhaupt Anklage erhoben wird, entsprechend vorbereiten kann. So etwas nennt man dann „Ordnung“. Wer gegen solche „Ordnung“ kämpft, gegen den wird dann notwendigerweise...

Haushaltsgebot!
Sanella auf's Brot!

Sanella
MARGARINE

1/2 tb **35**
DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE

SN 24-123

Anfang Juni neues Hungerdiktat

Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 30 Prozent

Wie der demokratische Vorkämpfer mitteilt, wird die von Brüning angekündigte Sparmassnahme Anfang Juni veröffentlicht werden. Durch einen Fieberfrost soll die Sozialversicherung um einige hundert Millionen gekürzt werden.

Wie ein bürgerliches Blatt meldet, gehen in sozialdemokratischen Kreisen Berlin zur Zeit Gerüchte um, wonach mit Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung gerechnet wird, die fast einer Kürzung der Arbeitslosenunterstützung gleichkommen. Es soll sich u. a. um eine

Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung um mehr als 30 Prozent

Handeln. Da außerdem auch noch eine Verlangsamung der Wirtschaft um 100 Prozent und eine Verfüllung des Arbeitslosenunterstützungsbudgets zu erwarten ist, so würde in der Tat damit die Arbeitslosenunterstützung bis auf einen kümmerlichen Rest reduziert sein.

Das sind Klammern, die auf beiden Seiten, Lohn- und Unterstützungsseite, auf der anderen Seite. Man muß sich gegenüber den neuen Meldungen über die ungeheuerlichen Pläne wieder in Erinnerung rufen, was der Reichstagspräsident am vergangenen Sonntag in Kloppeberg sagte. Wörtlich:

„Es ist der Regierung gelungen, den weltweiten Preis über den Preis des Weltmarktes zu bringen, ohne daß es trotz der steigenden Arbeitslosigkeit zu Unruhen gekommen ist.“

Mit anderen Worten, wir haben zwar alles getan, um das Volk auszulindern, jedoch, wie man sieht, hat das Volk es sich gefallen lassen. Man kann Brüning nur dankbar sein für diese Aufklärung. Die wertvollen Schichten erhalten jetzt den Dank des Hauses Brüning, weil sie sich bisher nicht genügend gewehrt haben: Keine Wucherzölle, weitere Vorkriegspreise, noch größerer Abbau der Arbeitslosenunterstützung, der Kriegs- und Invalidenrenten.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu den Worten Brünings:

„Mit Unmuthen wäre wenig getan. Aber man muß manchmal behaupten, daß das deutsche Volk geduldig genug ist, die Ungerechtigkeit hinzunehmen, die ihnen solche Opfer und so nutzlose Opfer auferlegt. Arbeiter und Arbeitslose werden Unmuthen durch sie.“

Man soll unfertig Erachtens eine Lehre aus diesen Vorgängen ziehen. Je geduldiger das Volk, je christlicher demütiger, desto übermühtiger und rücksichtsloser trumpt die Reaktion auf. Das beweist die große neue Diktaturverordnung, der weitere noch folgen werden. Schluß mit diesem Regime, Schluß mit eurer Geduld!

beiden. Die Schaffung der Erwerbslosenausgänge und der Erwerbslosengruppen der R.G.D. in allen Nachweisen und Stempelstellen Deutschlands wird gesteigert. Auch die Kritik am Stande der Jugend-R.G.D. und der Mobilisierung der Arbeiterinnen und Hausfrauen führte zu konkreter Aufgabestellung. Die Resultate des Sturmpianes werden in Kürze veröffentlicht.

Ueber diese Hauptaufgaben wurden eine Reihe von Problemen gestellt, wie z. B. die Schaffung von R.G.D.-Gruppen neben den Berufsgruppen im Betriebe, die Bedingungen der Schaffung von roten Verbänden, die nur bei größter Massenbewegung im Einverständnis mit dem Reichsausschuss gebildet werden können.

So legte diese Sitzung des erweiterten Reichsausschusses die nächsten Aufgaben fest, die jetzt auf den kommenden Parteitag, Kongresskonferenz und zur Richtlinie der Politik und Tagesarbeit aller Anhänger der R.G.D. werden müssen.

Wer kauft Berlin?

Mit der Verschärfung der Bewag für einen Spottpreis an das internationale Bankkapital ist der Ausverkauf der Stadt Berlin an das Privatkapital eingeleitet worden. Nach den Mitteln der staatsparteilichen Bürgermeisters Dr. Essig soll jetzt in aller Ruhe der Verkauf der Gaswerke vorbereitet werden. Es wird beabsichtigt, die Gaswerke für etwa 150 Millionen Reichsmark an das internationale Bankkapital zu verkaufen.

Weiterhin werden schon alle Vorbereitungen zum Verkauf der Berliner Verkehr-Aktiengesellschaft getroffen. Der sozialdemokratische Personaldirektor Probst der B.V.G. führte in einer Aufsichtsratsitzung aus, daß es untragbar sei, daß nahezu die Hälfte des Uberschusses der B.V.G. für Löhne und Gehälter verausgabt würden.

Dazu kommt noch folgendes: Der preussische Finanzminister und der sozialdemokratische Innenminister Severing haben in einem Notizlaß an die Kommunen unter dem 27. März 1931 gefordert, daß die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe starker zur Entlastung der gemeindlichen Haushalte herangezogen werden sollen.

Weiter fordert Severing in seinem Erlaß, daß die Löhne und die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich sowie die Ruhegehalt und Ruhegehälter für die städtischen Arbeiter herabgesetzt werden sollen. Desgleichen soll für die Angestellten und Beamten durch „Umgruppierung“ ein Gehaltsabbau vorgenommen werden. Auch fordert Severing, daß für die Führungsbetriebe der Lohn weiter abgebaut werden soll, vielmehr, daß sie zu einem möglichst niedrigen Tarif beschäftigt werden. Den Erwerbslosen soll die Unterstützung durch die Gemeinden weiter gesenkt werden. Zusatzleistungen dürfen durch die Gemeinden nicht mehr gewährt werden.

SPD.-Baude verhindert Einuhr billigen Sowjetraagens

Berlin, 13. Mai (Eigener Bericht). Im Roggenunterstützungsausschuss des Reichstages wurde die Standartensatzung des Sozialdemokraten Baude noch erweitert. Der kommunistische Abgeordnete Puh war in der Lage, der Regierung und dem Sozialdemokraten Baude ein neues Verbrechen gegen die deutschen Konsumrenten nachzuweisen. Er stellte mit, daß die Regierung vor einigen Wochen 30 000 Tonnen Roggen von dem holländischen Konzern Kampmeijer zum Preise von 80 Mark pro Tonne gekauft hatte. Derselbe Roggen aber war der deutschen Sowjetregierung zu 58 Mark pro Tonne angeboten worden.

Die deutsche Regierung aber lehnte den Kauf aus der russischen Hand direkt ab und erhöhte den Roggenzoll, um die Einfuhr des russischen Roggens zu verhindern. Jetzt kaufte die Regierung und der Sozialdemokrat Baude denselben zu einem Preise, der 22 Mark per Tonne höher liegt, und verschaffte somit der holländischen Firma einen Sonderprofit. Sie gab zugleich auch den deutschen Händlern die Möglichkeit, die Preise im Lande hochzuschlagen.

Das sind die Methoden, die die Regierung und der sozialdemokratische Reichskommissar Baude anwenden, um mit allen Mitteln die Roggen- und Brotpreise in Deutschland in die Höhe zu treiben.

Spanien in Flammen!

Madrid, 13. Mai. (Eig. Ber.) Die revolutionäre Krise in Spanien verschärft sich in beschleunigtem Tempo. Das ganze Land ist von revolutionären Kämpfen erfüllt. Der Klostersturm geht weiter. In Granada wurde im Laufe der Nacht ein Karmeliterkloster von der Menge mit Dynamit in die Luft gesprengt. In Murcia und Cadix wurden die Gebäude mehrerer Klerikaler Zeitungen und ein halbes Dutzend Klöster in Brand gesetzt. In Malaga, Alicante, Barcelona, Valencia, Saragossa und anderen Städten gingen zahllose Klöster, Bischofspaläste, Verlagsgebäude Klerikaler Zeitungen in Flammen auf. In Malaga und Sevilla wurden in den vornehmen Geschäftsvierteln Warenhäuser, Restaurants und insbesondere Waffenläden von den Massen gestürmt. In Sevilla kam es gestern zu schweren Straßenkämpfen. Die Massen besetzten mehrere Polizeistationen, entwaffneten die Polizei, und rissen die Wachen an sich und lieferten hinter Barricaden den mit Maschinengewehren ausgerüsteten Polizeitruppen eine erbitterte Schlacht.

Der Generalstreik hat auf Barcelona, Valencia, Sevilla und Alicante Übergreifen. In diesen Städten sind sämtliche Betriebe und Verkehrsunternehmen stillgelegt.

Ueber die Provinzen Malaga, Alicante und Sevilla wurde das Staaterecht verhängt. Der Belagerungszustand wurde auf das ganze Land ausgedehnt. In Granada flammten in der letzten Nacht ebenso wie in Malaga, trotz des Kriegszustandes, die Kämpfe in größerem Umfang wieder auf.

Aus Furcht vor einer weiteren Ausbreitung des Klostersturms hat der Kardinalbischof von Sevilla die Räumung sämtlicher Klöster angeordnet. Die Regierung hat eine strenge Zensur über alle in der Presse erscheinenden und vor allem über die ins Ausland gehenden Nachrichten verhängt.

Die deutsche Bourgeoisprelle speit Gift und Galle über die revolutionäre Volkserhebung in Spanien. Sie fordert von der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung die brutale Einsetzung aller militärischen und faschistischen Machtmittel des Staates. Gleichzeitig setzt sie alle Hebel in Bewegung, um die internationale Öffentlichkeit gegen die spanische Revolution zu mobilisieren. „Die spanische Kulturschande“, heißt die „Germania“, „der Böbel wüthet“, schreit die „Deutsche Allgemeine Zeitung“.

Den Gipfel des Ignominiums erklimmt die „D.N.Z.“ Dieses halb-offizielle Organ der Brüningregierung schreibt u. a.:

„In Spanien steht der kommunistische Böbel Klöster und Kirchen in Brand. Das ist ein Kanak für die gesamte christliche Kulturwelt... Drohend hat gleichzeitig in Moskau der Antichrist seine Herrschaft über Millionen von Menschen aufgerichtet und trägt heute keine Gottesdienpropaganda in die Massen der Gläubigen in aller Welt. In Ungarn ist es dem Eingreifen Hortys (I) vor zehn Jahren gelungen, den religionsfeindlichen Kommunismus nach kurzer, blutiger Herrschaft niederzuschlagen. Ebenso hat in Italien Mussolini (I) die kommunistischen Brandstifter erbeutigt...“

Nach diesem eindeutigen Appell an die spanische Regierung fordert die „D.N.Z.“ die gesamte „europäische Kulturwelt“ auf, „den antichristlichen Umsturzbestrebungen entgegen zu treten“.

Die nächsten Aufgaben der R.G.D.

(Schluß)

Radikale Wendung zur Oppositionsarbeit in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften

Die bisherigen Resultate des Sturmpianes haben gezeigt, daß der R.G.D.-Gedanke siegreich im ganzen Reich forschreitet, die Organisationen der R.G.D. sprunghaft wachsen, und daß die roten Einheitsverbände sich immer mehr das Vertrauen der Arbeiter erobert. Dieser Kurs auf rascheste Entwicklung und Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, wie er vom V. R.G.D.-Kongreß und von der Reichskonferenz der R.G.D. beschlossen wurde, wird geradlinig und in beschleunigtem Tempo weitergeführt.

Um rascher dieses Ziel zu erreichen, muß eine radikale Wendung in der hieniederliegenden Arbeit zur Gewinnung der freigewerkschaftlich und christlich organisierten Arbeiter innerhalb ihrer Verbände durchgeführt werden. Die Fragen, die Methoden und die Taktik der Diskussion mit den Sozialdemokraten und christlichen Klassenorganisationen wurden eingehend beraten. Alle Berichte zeigten, daß in allen Gewerkschaften eine große Unzufriedenheit, zum Teil sogar eine Zerschlagung herrscht. Überall besteht starke Opposition gegen die Politik der SPD- und ADGB-Führer. Nur an der stärksten Vernachlässigung, nur an der Passivität der R.G.D.-Anhänger auf diesem Gebiete liegt es, wenn das Kampfbündnis mit diesen Kollegen nicht geschlossen wird. Die Frage der Erobering der fünf Millionen gewerkschaftlich Organisierten für die Ideen und die Ziele der R.G.D. ist deshalb eine der Hauptaufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Aus den Beratungen des Reichsausschusses ging weiter hervor, wie eng bereits das Zusammengehen zwischen ADGB, Unternehmer und Regierung ist. Es konnten Mitteilungen über Geheimabmachungen zwischen den Spitzen der Gewerkschaften und den Industriellen über den Lohnabbau und das Tarifwesen gemacht werden, die im Dezember fast bis zur Abgabe gemeinsamer Erklärungen gediehen waren. Aber unter dem Druck der Massenmobilisierung der R.G.D. sah sich der ADGB zur Nichtunterzeichnung veranlaßt. Auch die demagogischen Hintergründe der Scheinabkommen „Kalen“ Randover, die jetzt die Gewerkschaftsführer zur Täuschung ihrer Mitglieder durchzuführen wollten, wurden aufgedeckt. Unter diesem Gesichtswinkel müssen die Verhandlungen und der ADGB-Kongreß von der R.G.D. beachtet werden.

Der Sturmpian wird durchgeführt

Die informativsten Referate über das Ergebnis der Betriebsbesprechungen und des Sturmpianes zeigten den unaußersichtlichen Erfolg der R.G.D. Die schweren Punkte wurden in radikaler Fassung erörtert. In den Betriebsräten

wahlen wurde in einer besonderen Resolution Stellung genommen, in der die Bilanz und die Lehren gezogen werden.

Ueber den Aufbau der Betriebsrätebewegung und die Rolle der R.G.D. bei der Schaffung eines Systems revolutionärer Vertrauensleute wurden wichtige Beschlüsse gefaßt. Der Sturmpian beweist, daß die R.G.D. mit ihren Betriebsgruppen stark in den Betrieben verankert ist. Das Ziel, in neue tauchende Betriebe einzudringen, wird durchgeföhrt

Zum Leipziger Parteitag!

Dingelden und Silberding

Gibt es in Deutschland eine Verbindung zwischen Privatwirtschaft und Sozialismus?

Wer in der letzten Zeit die Ergüsse aller privatkapitalistischen Parteien verfolgt, wird überall den gleichen Tenor feststellen können: Was verjagt hat in Deutschland, das ist heileibe nicht der Kapitalismus, denn seit dem Jahre 1918 haben wir ja gar keinen „reinen“ Kapitalismus mehr; so sagen sie. Verjagt hat die „Mischung“ von Privatkapitalismus und „Sozialismus“. Auffallend ist dabei, daß diese These von der „illegitimen Ehe zwischen Privatwirtschaft und Sozialismus“ von dem Führer der schwerindustriellen Volkspartei, Dr. Dingelden, aufgestellt und schon in ganz kurzer Zeit auch von den Nationalsozialisten und dem Zentrum übernommen wurde.

Silberding ist großes Heil widerfahren. Zwar glaubt kein Proletarier mehr an seinen Unsinn vom „organisierten Kapitalismus“, in den die sozialistischen Faktoren wachsen“, aber immerhin die deutsche Schwerindustrie greift jetzt Silberdings These auf, um die Verschärfung ihres faschistischen Kurses zu rechtfertigen und nicht zuletzt, um den wirklichen Sozialismus in den Augen des Volkes zu diskreditieren. Das sollten sich die SPD- und Arbeiter anlässlich des Leipziger Parteitages vor Augen halten.

Tatsache ist, daß die Nacht des Traumpianes in Deutschland, seitdem wir eine Republik haben, ins Eigentümliche getrieben ist. Die Herren des Traumpianes bestimmen sowohl den politischen wie wirtschaftlichen Kurs in Deutschland. Sie sind auch verantwortlich für die herrschende wirtschaftliche und soziale Katastrophe. Im gleichen Maße sind allerdings auch die Regierungen verantwortlich, die seit dem Jahre 1918 bis heute reflexlos alle Wünsche und Forderungen der besitzenden Klasse erfüllen.

Die These von der „illegitimen Ehe“, die Herr Dingelden aufstellt, ist also grundfalsch. Richtig ist dagegen, daß es eine Ehe zwischen Schwerindustrie, bürgerlichem Staat und der Sozialdemokratie gibt. In dieser Ehe aber ist die Schwerindustrie der

nehmende und die Sozialdemokratie der dienende und opfernde Teil.

Wo sind denn die „sozialistischen Faktoren“ in der deutschen Wirtschaft? Auch bei der genauesten Betrachtung des internen Zusammenhangs aller Wirtschaftsfaktoren kann man nicht einmal die geringste sozialistische Tendenz feststellen. Die SPD-Führer haben nicht einmal die Absicht, einen bescheidenen Versuch in der Richtung der Ausschaltung privatkapitalistischer Kräfte in Deutschland zu machen.

Im Gegenteil, sie sind es, die auf allen Gebieten der Wirtschaft den Weg zur Stärkung aller privatkapitalistischen Wirtschaftselemente freimachen. Sie sind es, die die Reichsbahn verschleudern, sie sind es, die die Tarife für die Post, für Gas, Wasser, Elektrizität und für alle Verkehrsmittel in den Gemeinden ständig erhöhen und sie sind es, die jetzt dazu übergehen, die größten und kapitalträchtigsten Gemeindebetriebe (Bewag Berlin) an das internationale Monopolkapital zu verschleudern.

Was soll also das ganze Gerede der Schwerindustrie über „illegitime Ehe“? Man will die Schuld des kapitalistischen Systems am Hunger der Millionen deutschen Volksmassen verdecken. Man will den Marxismus und Sozialismus desamieren.

Es wird weder dem Demagogen Dingelden, der die Verantwortung für den Hungertod von tausenden deutschen Proletariern und für das Massenelend von Millionen den „sozialistischen Faktoren“ in der Wirtschaft zuschieben will, noch dem Demagogen Silberding, der den Auffassungen von Dingelden und der Schwerindustrie erst den „theoretischen Rahmen“ gegeben hat, gelingen, die Arbeiterklasse von der Abrechnung mit den Schuldigen an ihrem Hungereleid zurückzuhalten.

Diese Abrechnung kommt, und dann sollen die Dingelden und Silberding erfahren, was revolutionärer Sozialismus ist. Sie mögen schon jetzt einen Blick nach der Sowjetunion werfen.

Antwort auf die Provokationen der Lappo-Faschisten

Moskau, 13. Mai. Als Antwort auf die Provokationen der finnischen Faschisten, die in Finnland unaufhörlich gegen die UdSSR, heftig, landen in den Dörfern des Leningrader Bezirkes zahlreiche Meetings und Massenversammlungen statt.

Zu einer Massenversammlung finnischer Arbeiter in Jänisjärvi, die zusammen mit den Vertretern der benachbarten finnischen Kollektivwirtschaften abgehalten wurde, wurde folgende Resolution angenommen:

„Bei den Kriegsvorbereitungen gegen die UdSSR. spielt unser Nachbarland Finnland eine bedeutende Rolle. Die auf Initiative der Werttätigen durchgeführte Kollektivierung in der Sowjetunion hat eine neue Welle lügnerischer Verleumdungen seitens der Faschisten hervorgerufen. Die finnischen Faschisten verlangen die „Befreiung“ Ingermanlands, aber wir können uns sehr gut an die „Befreiung“ erinnern, die die finnischen Wehrgardisten im Jahre 1920 der werttätigen Bevölkerung Ingermanlands brachten. Die unaufhörliche Hege gegen die Sowjetunion beantworten wir durch ein verstärktes Tempo des sozialistischen Aufbaus und durch die Stärkung der Wehrfähigkeit der UdSSR.“

Die Kollektivwirtschaftler des Dorfes Kullajoki, im Bezirk Kuusjoki erklären in einer Entschließung:

„Die Werttätigen Ingermanlands werden einen Überfall der finnischen Faschisten auf die Sowjetunion nicht zulassen. Die Forderungen der Faschisten über die Zwangskollektivierung und über die nationale Unterdrückung der Ingermanländer beantworten wir Kollektivwirtschaftsbauern und Handarbeiter mit einer noch hartnäckigeren Arbeit zur Durchführung der kompakten Kollektivierung und der Liquidierung des Kapitalismus als Klasse.“

Ähnliche Resolutionen wurden in zahlreichen anderen Versammlungen der Bauern und Arbeiter des Leningrader Bezirkes gefaßt.

Präsidentenwahl in Frankreich

Briand im ersten Wahlgang unterlegen

Paris, 13. Mai. Das Ergebnis des ersten Wahlgangs der Präsidentenwahl lautet: für Briand 391, für Doumer 432. Der Abgeordnete Hennessy erhielt 39, der Kommunist Cachin 9 Stimmen.

Insgesamt gaben 902 Abgeordnete und Senatoren ihre Stimme ab. Es finden Stichwahlen statt. Man ist über das Ergebnis höchst erstaunt und betont, daß die Aussichten Friands nunmehr stark gesunken sind. Man rechnet allgemein mit der Wahl Doumers im zweiten Wahlgang.

Die Wirtschaftskrise in England

London, den 13. Mai. Heute wurde der Bericht der Obersten Handelskammer für den Monat April bekanntgegeben. Er zeigt, daß die Einfuhr im Vergleich zum April im vorigen Jahre um 13.895.324 und die Ausfuhr um 14.378.938 abgenommen haben. Im Vergleich zum April 1929 ist die Einfuhr um 34.108.350 und die Ausfuhr um 27.761.882 gesunken.

Am meisten macht sich das Sinken im Werte der Ganz- und Halbfabrikate bemerkbar. Die Summe war um 12.377.799 geringer als im April vorigen Jahres.

Indios im Aufstand

London, den 13. Mai. Nach einer Meldung aus La Paz (Bolivien) haben sich 15.000 Indianer der Tucumani- und der Cochaca-Stämme gegen die Regierung erhoben. Im Patosi-Bezirk soll es zu Kämpfen gekommen sein. Die Regierung hat Truppen entsandt, um den Aufstand niederzuschlagen.

Deutsche Arbeiter am 1. Mai in Moskau



Grundlegende Umgestaltung des Genossenschaftshandels in der Sowjetunion

Die Rationierung des Absatzes industrieller Produkte wird aufgehoben — Tausende neuer Lebensmitteläden zwecks Verbesserung und Beschleunigung der Versorgung

Moskau, 13. Mai. Eine grundlegende Umgestaltung des sowjetrussischen Konsumgenossenschaftswesens ist in Vorbereitung, wie einem Schreiben an die Kommunistische Partei, die Wirtschaftsgenossenschafts- und andere Organisationen zu entnehmen ist, das von Molotoff, dem Vorsitzenden des Rates der Bundesvollkommissare, Stalin, dem Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Selenki, dem Vorsitzenden des Zentralsojus, unterzeichnet ist.

Nach einem Hinweis auf die enorme Entwicklung des Warenumsatzes in Sowjetrußland wird in dem Schreiben festgestellt, daß im Genossenschaftswesen — nach Verdrängung des Privathandels — der Grundgedanke kaufmännischer Berechnung in der Annahme außeracht gelassen wurde, daß die Voraussetzungen für einen Übergang zum direkten Warenaustausch bereits gereift seien; die Verdrängung des Privathandels sei aber gerade eine allseitige Entwicklung Sowjetrußlands und seines Genossenschaftshandels voraus. Die Rationierung des Absatzes industrieller Produkte und das System des Warenabsatzes sollen zwecks besserer Versorgung der Bevölkerung und zwecks Beschleunigung des Warenumsatzes aufgehoben werden.

Weiter wird diesem Schreiben zufolge die Genossenschaftsorganisation aufgefördert, in Moskau mindestens 200, in Leningrad und im Donezbecken mindestens je 50, in Charkow, Kiew, Koftow, Kasu, Nischni Nowgorod, Iwanowo, Wosnessensk, Tiflis, Stalingrad, Swerdlowsk, Odessa, Taschkent mindestens je 100 und in anderen Großstädten und Industriezentren der Sowjetunion mindestens je 80 neue Lebensmittelgeschäfte zu eröffnen.

Die Feststellung und Befriedigung der Anforderungen der Bevölkerung der verschiedenen Gegenden auf verschiedene Waren

soll unter Kontrolle gewählter unterer Genossenschaftsorganisationen erfolgen. Die Löhne der Genossenschaftsfunktionäre sollen erhöht und zugleich eine Prämie nach Maßgabe des Handelsumsatzes eingeführt werden. 150.000 Genossenschaftsfunktionäre werden neu ausgebildet. Die Durchführung dieser Maßnahmen muß in Moskau, Leningrad, Charkow und im Donezbecken bis 15. Mai, für die übrigen Gegenden bis 15. August durchgeführt werden.

Für die Opfer der Uberschwemmungs-Katastrophe in der Ukraine

Moskau, 13. Mai. Der Volkskommissarenrat der Sowjetunion hat 10 Millionen Rubel aus dem Reservefonds zur Unterstützung der Opfer der Uberschwemmung in der Ukraine zur Verfügung gestellt.

Die Arbeitslosigkeit in Bombay

London, 13. April. Auf der am 9. Mai in Bombay abgehaltenen Tagung des Generalrats des Verbandes der Eisenbahner Indiens wurde berichtet, daß noch immer 5000 Arbeiter der G.P.-Bahn nach dem letzten Streik nicht wieder eingestellt worden sind.

Die heutigen „Times“ berichten, daß außer den Eisenbahnen „das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Bombay täglich akuter wird“.

Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Maitagen 1929

Von Klaus Neukrantz

Copyright Internationaler Arbeiterverband

2. Fortsetzung

„Sehr richtig...!“

„Wollt ihr die Millionen Kollegen, die noch nicht klar die arbeiterfeindliche Rolle der Gewerkschaftsbürokratie erkannt haben, einfach im Stich lassen und diesen Kerlen in die Hände geben...? Nein, umgekehrt, Genossen —, gerade jetzt vor dem 1. Mai müssen wir den sozialdemokratischen und parteilosen Kollegen und Kolleginnen in den Branchensammlungen, im Betrieb, auf der Straße, in der Bahn, in den Einkaufsstellen usw. klarmachen, warum jetzt dieselben Berliner Gewerkschaften zum 1. Mai einen Aufruf erlassen, in dem sie die Stirn haben zu sagen: „Unverantwortliche Stellen fordern zur Demonstration auf. Kein freier Gewerkschafter nimmt an diesen Demonstrationen teil...!“

„So sehen die aus...!“

„Einen Dreck werden wir denen!“

Die Zurückhaltung, die bei jedem Vortrag zunächst auf der Versammlung liegt, war verschwunden. Jetzt waren sie warm geworden, alles redete durcheinander. Am Ausgang bildete sich sogar eine richtige Diskussionsgruppe, die den Referenten überhaupt vergessen hatte.

Hermann Kopfte energisch mit dem Bleistift an das Glas. „Genossen, — so geht det doch nich... ich bitte um Ruhe, bis der Referent fertig is... nachher könnt ihr euch ja zur Diskussion melden!“

Einige lachten — dann wurde es wieder still. „Genossen, ich will zum Schluß kommen. Im vergangenen Jahr haben die Gewerkschaftsführer und die SPD bei der Demonstration auf der Treptower Wiese gesehen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit ihren Losungen und ihrem Elan das Gesicht der Demonstration beherrscht hat. Aus einer ruhigen Kundgebung war durch unseren Einsatz und die Arbeiterkaj, die hinter uns steht, eine politisch-revolutionäre Kampfaktion geworden. Genau so würde in diesem Jahre eine Maidemonstration in den Straßen Berlins beweisen, wie gering der

Einfluß der Reformisten auf die klassenbewußte Arbeiterschaft ist, es würde ein Kampftag unter den roten Fahnen der Kommunistischen Partei werden. Eine solche mächtige Kundgebung, die sich natürlich in erster Linie gegen den Verleumdungskurs der sozialdemokratischen Koalitionsregierung richten würde, kann aber die SPD nicht gebrauchen. Aus Angst davor haben sie ihren Genossen Polizeipräsidenten beauftragt, die Maidemonstration zu verbieten. Aber, Genossen...“, er hob seine Stimme und rief laut: „Wir lassen uns als Berliner Arbeiter von keinem Wilhelm und wir werden uns von keinem Jörgiebel die Straße verbieten lassen.“

„Bravo!“

„Richtig...!“

„Ich wiederhole... wir werden am Mittwoch auf die Straße gehen. Unbewaffnet werden wir uns unter den Augen einer von unseren Großen bis an die Zähne bewaffneten Polizei, die unter der Führung eines Sozialdemokraten steht, die Straße erobern...!“

„Jawoll, det werden wir...!“

Der Arm des Referenten streckte sich wie zu einer beschwörenden Anklage über die Köpfe der Arbeiter: „Genossen... wenn die SPD im „Vorwärts“ in einer Front mit den reaktionären Zeitungen mit ihren maßlosen Lügen und Verleumdungen über die angeblich von der SPD „gewollten“ Todesopfer den Blutschatten eines Mordes, eines Bielefelder Severing an die grauen Hausfronten der Berliner Arbeiterviertel malt, so wird — wie in Sowjetrußland — einmal die Geschichte der Revolution über diese mit totem Arbeiterblut besudelten Schergen das Gericht der Vergeltung halten...! Genossen, vergeht nicht, daß es auch ein 1. Mai war, als 1919 im Auftrage und unter Führung einer sozialdemokratischen Regierung die weißen Garben des Faschismus in München zur blutigen Niederschlagung der Räteregierung einmarschierten! — Keine Provokation wird uns davon abhalten, die Arbeiterschaft zur Kampfdemonstration am 1. Mai auf die Straße zu rufen und unsere Pflicht als Führerin des revolutionären Proletariats zu erfüllen...!“

„Bravo... die Kösliner Rike wird schon da sein...!“

★

Die Spannung hatte sich gelöst. Erregte Worte schwirren durch den von Tabakdunst fast undurchsichtig gewordenen Raum. — Hermann erhob sich. „Genossen... ihr habt das Referat des Genossen gehört. Wir kommen zur Diskussion... wer wünscht das Wort?“

Er sah in die Versammlung. Niemand meldete sich. Zu sagen war eine ganze Menge, aber niemand machte gernt den Anfang. Das war immer so. Einer ermunterte den anderen... „Zupp sang an“... „nec, zuerst kann Otto reden“... „na los, Otto!“ Kurt erhob sich und sah zu Hermann herüber.

„Der Genosse Zimmermann hat das Wort.“

Kurt fing langsam und etwas schwerfällig an. Auf dem Bau, bei den Kollegen, konnte er besser reden. „Genossen... vielleicht gehört das nicht ganz zum Thema, aber ich meine, wenn wa uns mit den Gewerkschaften beschäftigen, dann müssen wa auch über de Betriebe reden. Det bei uns Bauarbeiter der Laden am Mittwoch klappt, wißt ihr ja. Unsere Baustelle jecht geschlossen zur Demonstration. Aber wie steht et mit den anderen Betrieben in Berlin? Soviel ich weiß, liegen bis jecht 650 Beschlußse von Massenorganisationen und Betrieben, darunter von Belegschaftsversammlungen großer Werke, vor, die gegen das Demonstrationsverbot protestiert haben. Det is sehr viel, aber noch lange nich genug. Wir haben hier im Zellenbereich verschiedene Betriebe, in denen zum Teil ooch kommunistische Betriebszellen existieren. Wat is da los... warum hört man da nich? Wir müssen die Tage bis Mittwoch dazu benutzen, um den Laden in Schwung zu bringen. Vielleicht erzählt uns Hermann dazu noch, wat unternommen werden soll...“

Er setzte sich wieder hin. Hermann antwortete ihm sofort darauf. In einigen Betrieben waren Betriebsversammlungen vorbereitet, die noch in dieser Woche stattfinden sollten. Es stand schon fest, daß mit geringen Ausnahmen überall die Arbeit am Mittwoch im Zellenbereich des Kösliner Viertels ruhen würde. In einem Fall hatte sich der sozialdemokratische Betriebsrat geweigert und der Belegschaft erklärt, daß „im Interesse der vorliegenden Aufträge“ die Produktion nicht unterbrochen werden darf.

„Ein feiner Betriebsrat...!“

„Wat kriegt er dafür von de Direktion?“

Man würde versuchen, durch Flugblätter trotzdem die Belegschaft zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen.

Eine Wortmeldung nach der anderen kam jetzt. Sogar der alte Hübnert, der unterdessen gekommen war, sprach in der Diskussion. Hermann sah mit Schrecken die lange Rednerliste. — Nach einer Stunde beantragte er mit Rücksicht auf die Arbeiter, die heute noch erledigt werden mußten, Schluß der Debatte.

(Fortsetzung folgt.)

